



Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 12. Dezember 2022**
in der Welscher Stadthalle stattgefunden

12. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.04 Uhr.
Ende der Sitzung: 19.14 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 11. Sitzung des Gemeinderates vom 21.11.2022 liegt zur
Einsichtnahme auf.

Männliche/weibliche Form im Text

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt. Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

Anwesende

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister: Gerhard Kroiß

3. Vizebürgermeisterin: Christa Raggl-Mühlberger

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Ralph Schäfer BSc MSc

Gemeinderäte:

Thorsten Aspetzberger

DI Gunter Haydinger

Mag. Silke Lackner

Ingo Spindler

Sandra Wohlschlager

Fabian Bauer

Mag. Paul Hammerl, MA

Ronald Schiefermayr

Ing. Olivera Stojanovic, BSc

Carmen Pühringer, MSc

Gerhard Bruckner

Christiane Kroiß

Anna Maria Wippl, BA BA

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister: Mag. Klaus Schinninger

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Stefan Ganzert

Gemeinderäte:

Mag. Bernhard Humer

Laurien Scheinecker, BA

Mag. Hannah Stöger Müller

Silvia Huber, MPA

KR. Karl Schönberger

Gloria-Maria Umlauf

Christian Kittenbaumer

Johann Reindl-Schwaighofer MBA

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Dr. Martin Oberndorfer

Gemeinderäte:

Birgit Ebetshuber

Ludwig Vogl

Andreas Weidinger

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Thomas Rammerstorfer

Gemeinderäte:

Mag. Ralf Drack

Mag. Walter Teubl

Miriam Faber

Alessandro Schatzmann

NEOS

Gemeinderat

Markus Hufnagl, MBA

MFG

Gemeinderat

Jörg Wehofsich

Vom Magistrat:

MD Dr. Peter Franzmayr

sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schriftführer:

W.OAR. Inge Maderthaler

Helga Rosenberger

entschuldigt:

GR. Christoph Angelo Rigotti, GR. Markus Wiesinger

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 1. Dezember 2022 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Anfragen

Anfrage der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
an Bgm. Dr. Andreas Rabl betreffend
„Hilfspaket soll Welser Vereine unterstützen“
Verf-015-W-20-2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels stelle ich folgende Anfrage an Sie:

Am 08.02.2021 wurde von der Stadt Wels eine Pressemeldung verschickt mit dem Titel: „Hilfspaket soll Welser Vereine unterstützen!“.

In Auszügen aus dem Text heißt es:

„Die Corona-Krise und die damit im Zusammenhang stehenden Lockdowns haben nicht nur bei Unternehmen massive Umsatzrückgänge verursacht, sondern auch den Vereinen jede Möglichkeit genommen zusätzlich eigene Einnahmen zu lukrieren.

Viele Vereine haben aufgrund der leeren Kassen daher Probleme im heurigen Jahr den Vereinsbetrieb aufrecht zu erhalten bzw. bestehende Vereinslokalitäten zu erhalten. Der Wegfall dieser Vereinsstruktur würde in der Stadt Wels zu einer massiven Einschränkung der Veranstaltungsvielfalt führen, ein Teil der Lebendigkeit würde wegfallen.

Um dies zu verhindern hat sich die Stadt Wels entschlossen den Welser Vereinen mit Unterstützungen unter die Arme zu greifen. Vereine aus den Bereichen Sport, Kultur und Soziales haben bis 31. März (Anmerkung: 2021) die Möglichkeit diese Unterstützungen bei der Stadt Wels zu beantragen. Werden die nachstehenden Voraussetzungen erfüllt, soll ein Teil des Einnahmenentfalls ausgeglichen werden.“

Im Weiteren werden Voraussetzungen für die Gewährung definiert.

„... In Summe wird sich das gesamte zur Verfügung stehende Budget auf maximal 250.000 Euro belaufen.“

Nun zu den eigentlichen Fragen:

1. Welche Summe von dem angekündigten maximalen Budget von € 250.000,-- wurde bis zum 18.11.2022 tatsächlich an Vereine, die einen entsprechenden Antrag abgegeben haben, ausbezahlt?

Antwort:

Bis zum 18.11.2022 wurden Zuschüsse an Vereine in Höhe von insgesamt € 8.000,-- aus dem Hilfspaket für Vereine ausbezahlt.

2. Wie viele und welche Vereine, aufgeschlüsselt aus den Bereichen Sport, Kultur und Soziales, haben diese Förderung beantragt?

Antwort:

Produktgruppe Sport: 36 Vereine

Produktgruppe Kultur: 16 Vereine

Produktgruppe Soziale Hilfen ohne Rechtsanspruch: 4 Vereine

3. Wie viele und welche Vereine wurden mit einer derartigen Förderung berücksichtigt?

Antwort:

Produktgruppe Sport: 3 Vereine

Produktgruppe Kultur: 1 Verein

Produktgruppe Soziale Hilfen ohne Rechtsanspruch: 0 Vereine

4. Wie viele und welche Vereine wurden mit einer derartigen Förderung nicht berücksichtigt?

Antwort:

Bis dato 52 Vereine.

5. Mit welcher Begründung haben die unter Punkt 3. subsumierten Vereine eine Förderung erhalten?

Antwort:

Neben der formalen Bedingung der fristgerechten Stellung eines vollständigen Antrages wurden folgende Voraussetzungen von der Politik für die Gewährung einer Unterstützung festgelegt:

Vereinssitz: Wels

Ein Einnahmenschwund von mehr als € 5.000,-- aus Sport- oder Kulturveranstaltungen (wie beispielsweise fehlende Eintrittsgelder, fehlende Gastroeinnahmen oder Einnahmenschwände aus der Vermietung von Veranstaltungsstätten) bei gleichzeitig annähernd gleichbleibenden Gesamtkosten.

Keine Pflichtsubventionen von der Stadt Wels

In besonderen Härtefällen kann von den oben genannten Bedingungen abgesehen werden. In diesem Fall beträgt die Höchstsumme der Unterstützung € 1.000,--.

Des Weiteren waren die Förderungen aus dem Hilfspaket seitens der Stadt Wels subsidiär ausgestaltet. Die Voraussetzung für eine Zuschussgewährung durch die Stadt Wels war daher, dass um Fördermittel beim Bund im Speziellen aus dem NPO-Unterstützungsfonds angesucht und/oder im Falle eines Nichtanspruchs ein Ablehnungsschreiben übermittelt wird.

6. Mit welcher Begründung haben die unter Punkt 4. subsumierten Vereine keine Förderung erhalten?

Antwort:

Die unter Frage 5. angeführten Bedingungen/Voraussetzungen wurden nicht erfüllt.

7. Nach Einschätzung der jeweiligen Fachabteilung, was haben die unter Punkt 3. subsumierten Vereine besser oder anders gemacht, als jene unter Punkt 4. subsumierten Vereine?

Antwort:

Stellung eines vollständigen Antrages (inkl. aller erforderlichen Unterlagen) und Inanspruchnahme der Fördermittel des Bundes bzw. im Falle eines Nichtanspruchs eine entsprechende Nachweiserbringung.

8. Gibt es bei jenen Vereinen, die eine Förderung erhalten haben, eine Beziehung des zuständigen Mitgliedes des Stadtsenates aus den Bereichen Sport, Kultur und Soziales zum jeweiligen Verein?

Mit Beziehung ist gemeint, übt das zuständige Mitglied des Stadtsenates in diesem Verein eine Funktion aus? Mit Funktion ist nicht ausschließlich eine organschaftliche Vertretung des Vereines, sondern explizit auch eine rein repräsentative Funktion bzw. Hilfsfunktion, wie beispielsweise sportlicher Leiter, Referent für Marketing oder Präsident (eben in der repräsentativen Variante, neben dem Obmann) gemeint?

Antwort:

Produktgruppe Sport: Ja

Produktgruppe Kultur: Eine derartige Beziehung ist nicht bekannt.

Produktgruppe Soziale Hilfen ohne Rechtsanspruch: Es wurde keine Förderung ausbezahlt.

9. Falls eine – wie auch immer geartete – Beziehung eines Mitgliedes des Stadtsenates zu einem geförderten Verein besteht, wurden im Vorfeld mögliche Verstöße gegen Compliance-Regeln – sei es auch nur auf der politischen, ethischen, moralischen Ebene – geprüft? Wenn ja auf welche Art und Weise?

Antwort:

Es gibt in der Stadt keine Compliance-Regeln, die diesbezüglich zur Anwendung gelangen.

Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Asylunterkünfte im Stadtgebiet von Wels
Verf-015-I-38-2022

Bgm. Dr. Rabl verweist auf den in der Anlage 1 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Nachdem zur Dringlichkeit keine Wortmeldungen abgegeben werden, wird sofort darüber abgestimmt.

Die Dringlichkeit wird mit

33 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion ohne
Mag. Drack, NEOS, MFG)
gegen 1 Nein-Stimme (GR. Mag. Drack)

zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend leere Gruppenräume im Kindergarten Herderstraße – zusätzliche Nutzung
Verf-015-I-39-2022

Bgm. Dr. Rabl verweist auf den in der Anlage 2 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Nachdem zur Dringlichkeit keine Wortmeldungen abgegeben werden, wird sofort darüber abgestimmt.

Die Dringlichkeit wird

einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

1.)

Gesundheitsvorsorge für die Bediensteten und Sozialfonds; Zuschuss an die Personalvertretung
PersI-007-1-2022

Der Antrag (Anlage 3) lautet nach Vorberatung im Personalbeirat am 10.11.2022:

Der Zuschuss für den Gesundheits- und Sozialfonds wird ab dem Jahr 2022 erhöht auf € 35.000,- pro Jahr. Dieser Betrag soll auf der VASSt. 1.0940.757000.0 zur Verfügung stehen.

Einstimmig angenommen.

2.)

Zusatzversicherung der Vertragsbediensteten der Stadt Wels;
Zuschlagserteilung zum Abschluss eines Gruppen-Kranken-
versicherungs-Rahmenvertrages für die Stadt Wels sowie die
mitumfassten Gesellschaften und Einrichtungen (Messe Wels GmbH),
Abwasserverband Welser Heide, Bestattung der Stadt Wels GmbH)
mit der Wiener Städtischen Versicherung AG, Wien;
PersR-003-2022 miterledigt:
ZE-022-1-3-2022

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorberatung im Personalbeirat am 28.11.2022 und im
Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 29.11.2022:

Die Zuschlagserteilung zum Abschluss des angefügten Gruppen-Krankenversicherungs-
Rahmenvertrages (Beilage ./1) mit der Wiener Städtischen Versicherung AG, 1010 Wien,
Schottenring 30, wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

3.)

Amtsblatt der Stadt Wels; Vergabe Druckauftrag
und Inseratenwerbung sowie Kulturmagazin Vielfalt;
Vergabe des Druckauftrages an die OÖN Druckzentrum GmbH&CoKG
Presse-012-A-1-2022 miterledigt:
ZE-022-1-146-2022

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und
Innenstadtausschuss am 29.11.2022:

Beiliegende Zuschlagserteilung betreffend Herstellung des Amtsblattes der Stadt Wels und
der Übertragung des Rechtes der Inseratenwerbung sowie die Herstellung des
Kulturmagazins Vielfalt für das Jahr 2023 an die Firma OÖN Druckzentrum GmbH & Co
KG mit Sitz in 4061 Pasching, Medienpark 1, zu einer Gesamtauftragssumme in Höhe von
€ 141.236,70 inkl. USt. wird beschlossen.

GR. Hufnagl, MBA: An dieser Stelle wieder einmal die übliche Kritik am Amtsblatt. Bereits in den Jahren 2015 und 2020 kritisierte ich das Amtsblatt massiv. Tatsächlich hat sich jedoch nichts geändert, die Gepflogenheiten sind gleichgeblieben.

Für die Welser draußen vor den Bildschirmen muss ich einfach dazu sagen, dass das Amtsblatt nur Werbung für die im Stadtsenat vertretenen Parteien ist und nichts anderes. Nicht nur für die im Stadtsenat vertretenen Parteien, sondern ganz besonders auch für den Herrn Bürgermeister.

Die eigentlichen Aufgaben des Amtsblattes kann man im Statut der Stadt Wels nachlesen. Da steht im § 6 StW: Das Amtsblatt hat die Welserinnen und Welser über Verordnungen, Verlautbarungen und andere Fakten zu informieren, die für die Bürgerinnen und Bürger von Bedeutung sind. Gemeint sind dabei Flächenwidmungen, Festsetzungen von Gebühren, Änderungen im Verkehr, Verlautbarungen von Wahlen, Verlautbarungen von Wahlergebnissen und gegebenenfalls die Ankündigung von Veranstaltungen, die für eine breite Öffentlichkeit maßgeblich sind.

Wie schon gesagt wird stattdessen das Amtsblatt der Stadt Wels von der FPÖ, SPÖ, ÖVP und in letzter Zeit auch vermehrt von der GRÜNEN für eigene Werbung verwendet. Also man sieht dort Politiker beim Spatenstich, im Anzug vor Bauvorhaben stehen, beim Bier- und Weintrinken, Kärtchen herzeigen, die eigenen Taten loben, also all diese Dinge kann man im Amtsblatt sehen.

Während für Unternehmer Anzeigen im Amtsblatt gebührenpflichtig sind, ist es für die hier im Gemeinderat anwesenden Parteien eigentlich eine kostenlose Werbung. Da möchte ich schon die Unternehmer aufrufen und sagen, liebe Leute überlegt es auch wirklich, ob ihr im Amtsblatt Einschaltungen machen und wirklich so etwas unterstützen wollt.

Im Jahr 2015 machte ich eine Statistik, wie viele Politiker im Amtsblatt zu sehen waren und wie oft von jeder Partei. 2020 kontrollierte ich es nochmals nach und stellte fest, es hat sich nichts geändert, außer dass sich der Balken der Parteien änderte. Früher war die SPÖ führend bei der Eigenwerbung, jetzt ist es die FPÖ, aber ansonsten änderte sich nichts.

Jetzt schaute ich es mir nochmals für das Jahr 2020 an und fand ein Highlight, und zwar hat man in der Oktober-Ausgabe 28 Fotos von Politikern bei irgendwelchen Veranstaltungen hineingegeben. Es sind natürlich mehrere Parteien vertreten. Jetzt erhalten die Parteien in Oberösterreich rund € 75.000,- pro Tag – pro Tag Parteienförderung! Und das ohne den Vorfeldorganisationen! Nun muss ich mich wirklich fragen, ist es notwendig, dass man sozusagen in einem Amtsblatt so massiv Werbung macht? Rede ich von diesen € 75.000,- ohne Vorfeldorganisationen, die sich vielleicht auch noch Covid-Hilfen zurückholen, was wir auch schon hörten, finde ich eigentlich das Geld könnte man anders nutzen oder anders damit umgehen. Das muss nicht sein.

Es gibt noch einen zweiten Punkt, der mir seit 2015 „sauer aufstößt“: Wenn man schon den Parteien erlaubt Werbung zu machen im Amtsblatt, dann muss man dazu sagen, dass uns NEOS z.B. seit 2015 unsere Spalte verwehrt wird. Wenn man schon politischen Parteien Werbung zugesteht, dann sollte das aus demokratiepolitischen Gründen zumindest so fair sein, dass man bei dieser Fraktionsspalte jeder Partei zugesteht und nicht sagt, nur die vier Parteien und die anderen dürfen nicht.

Ich weiß schon Herr Bürgermeister, sie werden wieder irgendeine Ausrede haben, sie werden vorbringen, dass sie ja wollten und die anderen Parteien hätten ein bisschen was hergeben müssen von ihrer Zeichenanzahl, die anderen Parteien wollten das nicht, sie haben nichts dagegen tun können – aber das sind nur Ausreden. Spätestens jetzt mit dieser Vereinbarung hätte man sagen können, o.k. man gibt allen Parteien – wir haben 6 Parteien im Gemeinderat – die Möglichkeit sich zumindest ein paar Mal im Jahr sich zu Themen zu äußern. Diese Ausreden zählen bei mir überhaupt nicht mehr. Für die Welser ein kleines Bonbon noch zum Schluss: Wenn wir NEOS eine Einschaltung machen wollen würden im Amtsblatt, bezahlt durch unser eigenes Geld, wissen sie, was man dann als Antwort bekommt? Das ist das Allerbeste! Es ist nämlich politischen Parteien verboten. Es dürfen politische Parteien nicht gegen Geld im Amtsblatt inserieren. Vor zwei Jahren stellte ich die Frage gegen Geld eine Veranstaltung in einer kleinen Spalte inserieren zu wollen. Da hieß es nein, politische Parteien wollen wir nicht. Das ist der Höhepunkt der ganzen Geschichte! Aus diesem Grund werden wir NEOS auch dieses Mal dem Antrag nicht zustimmen.

Bgm. Dr. Rabl: Herr GR. Hufnagl, zur Erläuterung darf ich ihnen sagen, dass das Amtsblatt neben den gesetzlich vorgesehenen Aufgaben auch Informationsaufgaben hat. In Wien heißt das Amtsblatt übrigens „Mein Wien“. Witzigerweise ist dort die SPÖ vertreten und zur Überraschung vieler im Gemeinderat die NEOS. Die anderen Parteien übrigens gar nicht, ob sie im Stadtsenat sitzen oder nicht ist völlig unerheblich. Herr Vzbgm. Christoph Wiederkehr ist jedoch dort vertreten. Ich würde daher sagen, wenn sie es schaffen, dass Herr Vzbgm. Wiederkehr nicht mehr im „Mein Wien“ aufscheint, dann glaube ich müssen wir in der Zusammensetzung schauen, ob wir es nicht schaffen, dass wir NEOS – also konkret sie gemeint – vielleicht doch noch irgendwann einmal ein paar Zeilen bekommen. Aber jetzt uns das hier vorzuhalten ist eine Übung, die wir seit vielen Jahrzehnten haben. Es wurde nicht von der FPÖ eingeführt, sondern hat die SPÖ gleichermaßen gepflogen. Natürlich kann man alles ändern, aber eine Fraktionsstärke ist etwas, das aussagt, dass diese Partei eine gewisse Mindestzahl der Bevölkerung auch akzeptiert.

Sie haben halt bei der letzten Wahl – wider Erwarten vielleicht für sie – ein WIR im Gemeinderat nicht geschafft. Sie sind halt nach wie vor keine Fraktion und weil sie keinen Fraktionsstatus haben, gilt diese Regel genauso wie für die MFG auch für sie. Insofern bedaure ich das natürlich, aber das lässt sich aufgrund des bestehenden Regelwerks – wir hatten mehrere Sitzungen diesbezüglich – nicht ändern. Sie haben natürlich eine Chance im Jahr 2027 erneut anzutreten, dann den Fraktionsstatus zu erlangen. Vielleicht, wenn sie Spitzenkandidat werden, wird dies auch gelingen – ich zweifle nicht daran. Jeder Versuch sei ihnen unbenommen. Aber solange es so ist, gibt es halt Regeln und diese gelten nicht nur für die SPÖ, ÖVP und die GRÜNEN sondern gelten für alle Parteien gleichermaßen. Insofern muss ich sie leider auch weiterhin enttäuschen, dass diese Regelung so ist wie sie ist.

Der Antrag zu Punkt 3. der Tagesordnung wird mit

gegen 30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, MFG, GR. Schatzmann)
und 1 Nein-Stimme (NEOS)
2 Stimmenthaltungen (GR. Mag. Drack, GR. Faber)

angenommen.

GR. Mag. Teubl war bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

4.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die Zuständigkeit für den Abschluss von genehmigungspflichtigen Veranlagungen auf den Stadtsenat übertragen wird (Übertragungsverordnung Veranlagungen)
Verf-015-W-19-2022

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 29.11.2022:

Beiliegende Übertragungsverordnung Veranlagungen wird beschlossen.

GR. Hufnagl, MBA: Ich verstehe den Wunsch der Finanzdirektion, dass man hier schneller wird in der Entscheidung. Wobei ich glaube, die Stadtsenatssitzungen finden ja auch nicht täglich statt, sondern in einem Abstand von ein paar Wochen. So viel schneller wird man da auch nicht.

Aus einem anderen Grund glaube ich jedoch, dass das nicht gescheit ist. Der Gesetzgeber dachte sich schon etwas dabei. Im § 46 Abs.1 Z.9 StW steht, dass generell Veranlagungen durch das oberste Organ der Stadt Wels, dem Gemeinderat als Kontrollorgan, beschlossen werden müssen. Ich glaube, dass einer der Gründe ist, dass die Opposition informiert werden soll, weil natürlich die Opposition im Stadtsenat nicht vertreten ist. D.h. solche Entscheidungen würden dann komplett an der Opposition prinzipiell vorbeigehen und sozusagen jegliche Kontrollmöglichkeit entzogen werden. Das ist nicht gescheit, wir wissen was in den letzten Jahren in den verschiedenen Städten passierte. Mir ist schon klar, dass es hier um festverzinsliche Wertpapiere, Anleihen geht, wo das Risiko nicht besonders hoch ist. Trotzdem ist diese Informationspflicht gescheit und alles andere fahrlässig; darum „safety first“ – wir werden dagegen stimmen.

Bgm. Dr. Rabl: Danke für diese Anregung. Wir haben das natürlich bedacht und es genau aus diesem Grund in den Amtsbericht hineingeschrieben – 2. Seite, 2. Absatz. Da wird ausdrücklich angeführt: „Dem Gemeinderat bleibt als das oberste Organ der Stadt Wels unbenommen, im Rahmen der Oberaufsicht über die Geschäftsführung der Stadt Wels die Handhabung der übertragenen Kompetenz durch den Stadtsenat zu prüfen, Berichte zu verlangen, vorab ein bestimmtes Veranlagungsvolumen festzulegen oder sonstige Grundsätze des Veranlagungsgeschäftes für den Stadtsenat aufzustellen.“

Das ist genau das was sie verlangen, d.h. an der Kontrollkompetenz des Gemeinderates ändert das nichts. Es geht tatsächlich nur darum Zeit bis zur Veranlagungsentscheidung zu verkürzen, weil Kursschwankungen trotzdem gewaltig sein können und es Geld der Stadt Wels ist, das hier veranlagt wird. Das ist auch der Grund. Wie sie aber richtig sagten, es geht hier um festverzinsliche Anleihen. D.h. es sind keine hochspekulativen Swap-Geschäfte oder sonstige Dinge, sondern es sind Anleihen mit einem Investmentgrad, das

als sehr sicher gilt. Deswegen erteilt auch das Land dafür die Zustimmung - es spricht überhaupt nichts gegen eine Änderung der Kompetenzen.

Der Antrag zu Punkt 4. der Tagesordnung wird mit

gegen 33 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion, MFG)
1 Nein-Stimme (NEOS)
angenommen.

5.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Tarifordnung betreffend die über den Gemeingebrauch hinausgehende Inanspruchnahme öffentlichen Gutes neu beschlossen wird (Tarifordnung Inanspruchnahme öffentlichen Gutes 2022)
LV-331-03-217-2022

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 29.11.2022:

Beiliegende Tarifordnung Inanspruchnahme öffentlichen Gutes 2022 – TO öffentliches Gut 2022 wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

6.)

Ankauf des Grundstückes Nr. 270 EZ. 59 KG 51226 Puchberg von Herrn Herbert Kraxberger, Wels
LV-026-02-13-2022

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 29.11.2022:

Der Kaufvertrag abgeschlossen zwischen der Stadt Wels und Herrn Herbert Kraxberger, Wels, betreffend Kauf des Grundstückes Nummer 270, inliegend in EZ. 59 KG. 51226 Puchberg, wird beschlossen.

GR. KR. Schönberger: Dieser Amtsbericht war nur in der Abteilung einsehbar. Die Datenschutzgrundverordnung kann hier nicht unbedingt greifen, weil diese die persönlichen Daten davor schützt, damit sie nirgendwo einsichtig sind. Nachdem im Grundbuch die Verträge vollinhaltlich einsehbar sind, greift hier eigentlich die Datenschutzgrundverordnung nicht. Darum frage ich mich, wenn wir uns als Gemeinderäte ohnehin nur mit Passwort und Zugangscode einloggen, warum wir uns

diese Anträge nicht aufrufen können, wie Wohnungsverkäufe oder Grundstücksan- und -verkäufe, also alle Immobilienbewegungen, die vom Gemeinderat genehmigt werden müssen. Das ist eigentlich nicht verständlich. Vielleicht unterliegt es einer gewissen Amtsverschwiegenheit, aber die greift auch nicht gegenüber dem Gemeinderat. Ich bitte um Aufklärung.

GR. Bruckner: Ich war einfach beim Magistrat, in der zuständigen Dienststelle und schaute mir den Amtsbericht an. Es war kein Problem und es dauerte nur 10 Minuten. Also fahr einfach einmal vorbei.

Beim Kauf dieses Grundstückes gäbe es dann die Möglichkeit für die Errichtung zusätzlicher Sport- oder Freizeitanlagen. Hundefreilaufzonen, Parks usw. wären denkbar. Es wird nicht nur eine Bereicherung für den Stadtteil Neustadt, sondern für die gesamte Welser Bevölkerung. Die Welser Freiheitlichen wollen die Lebensqualität in Wels weiter nachhaltig verbessern und leistet der Erwerb dieses Grundstückes einen wesentlichen Beitrag.

Bgm. Dr. Rabl: Lieber Karl, wir hatten bisher aus gutem Grund immer die Regel, dass wir derartige Kaufverträge nicht einscannen und online stellen, sondern dass sie einfach im Akt liegen und von jedem eingesehen werden können. Der Grund ist die Verbreitung. Etwas was digital ist, kann weitergeschickt werden. Wenn es im Akt liegt, kann sich jeder Gemeinderat einen Überblick verschaffen. Sie liegen also immer im Akt auf. Wie man sieht nehmen Gemeinderäte tatsächlich diese Möglichkeit wahr. Auch wenn es wünschenswert ist, gibt es trotzdem ein Interesse an einer gewissen Vertraulichkeit, wenn es um solche Sachen geht.

Darüber kann man natürlich diskutieren, kann man sagen, ja der Kaufpreis steht fest usw. Wir handhabten das in der Vergangenheit so und ich glaube es gibt eine ausreichende Informationsmöglichkeit, wenn der Vertrag im Akt liegt. Jeder kann ihn sehen, es gibt nichts zu verstecken. Es ist aus meiner Sicht ausreichend transparent. Warum man diesen unbedingt online haben muss mit den damit verbundenen Risiken ist für mich nicht nachvollziehbar. Wir werden es vielleicht einmal in einer Fraktionsobmännerbesprechung erläutern, ob das jetzt notwendig ist oder nicht.

Wir sind in der Vergangenheit damit ganz gut gefahren. Auch das ist eine Übung, die wir nicht erst haben seit die FPÖ diesen Bereich hat, sondern es gab dies auch vorher schon. Unabhängig davon kann man darüber diskutieren. Prinzipiell ist es transparent und liegt im Akt auf.

Der Antrag zu Punkt 6. der Tagesordnung wird mit

gegen 30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS, MFG)
4 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

7.)

Teilnahme am Verwaltungsstraftprogramm des Innenministeriums (VSTV);
Auftragsvergabe bzw. Abschluss eines Nutzungsvertrages mit dem
Land Oberösterreich zur Nutzung des VSTV
IT-006-V-5-2022

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidual- und
Innenstadtausschuss am 29.11.2022:

Beiliegender Vertrag der Stadt Wels mit dem Land Oberösterreich betreffend Nutzung des
Verwaltungsstraftprogramms mit einem Gesamtpreis für die nächsten fünf Jahre in der
Höhe von € 101.853,-- wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

8.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die
Abfallgebühren-Verordnung 2011 geändert wird
(12. Novelle zur Abfallgebühren-Verordnung 2011)
FD-Stv-10-2022

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidual- und
Innenstadtausschuss am 29.11.2022:

Beiliegende 12. Novelle zur Abfallgebühren-Verordnung 2011 wird beschlossen.

GR. Mag. Stögermüller: Die Stadt Wels plant eine Erhöhung der Abfallgebühren um satte
10,6 %. Meine Fraktion wird dem nicht zustimmen. Die Welser kämpfen mit der höchsten
Teuerung seit Jahrzehnten und dass die Stadt jetzt noch eines draufsetzt mit dieser
Gebührenerhöhung ist für uns unverständlich. Noch dazu, weil die Stadt selbst aufgrund
der hohen Inflationsrate Mehreinnahmen hat. Also, die Stadt profitiert durch höhere
Ertragsanteile und Durchleitungsgebühren von der Teuerung. Es wäre hier das Mindeste
gewisse Gebührenerhöhungen auszusetzen.

Genau das hat die Schwarz-Blaue-Landeskoalition abgefeiert, dass es in Oberösterreich
einen Gebührenstopp geben soll für Kanal und Wasser eben mit der Argumentation, dass
zusätzliche Kosten für die Menschen jetzt aufgrund der aktuellen Teuerung nicht zumutbar
sind. Das Land macht das eine, die Stadt etwas anderes. Wels steht finanziell gut da – dies
betont der Herr Bürgermeister bei jeder Gelegenheit. Dass diese Gebührenerhöhung nun
durchgeführt wird, ist für uns nicht verständlich. Die SPÖ-Fraktion lehnt diese ab.

GR. Mag. Lackner: Seit der 11. Novelle zur Abfallgebühren-Verordnung 2011 hat sich eine
Indexsteigerung von über 10 % ergeben. D.h. konkret wir haben hier 13,1 Punkte, von 124
Punkten im September des Vorjahres stiegen diese auf 137,1 Punkte im September 2022.

Diese Valorisierung erfolgt immer nach dem VPI, also das ist jener Maßstab, der für die allgemeine Preisentwicklung bzw. für die Inflation in ganz Österreich herangezogen wird. Das machen wir nicht nur in Wels so, es wird auch in anderen Städten und Gemeinden so gemacht. Beispielsweise in Graz werden die Gebühren nächstes Jahr um 10,5 % ab Jänner erhöht.

Es ist uns allen bekannt, dass die Restabfallentsorgung im Gegensatz zur getrennten Sammlung kostenpflichtig ist. Durch eine konsequente Abfallvermeidung, durch eine sortenreine Abfalltrennung kann in Folge der Restabfall reduziert werden, was wiederum zur Folge hat, dass es zu einer deutlichen Kostenersparnis im gesamten System kommt. Somit sind sortenrein getrennte Stoffe nicht nur wertvolle Sekundärrohstoffe, sondern durch deren Verwertung können Gesamtkosten für die ganze Abfallentsorgung eingespart werden. Wenn z.B. nach den Feiertagen mehr Müll anfällt, hat man die Möglichkeit sich einen Abfallsack noch zusätzlich zu kaufen in den Amtsgebäuden oder im ASZ. Diese werden ab nächstem Jahr € 5,-- kosten. Schauen wir uns hier Leonding an, so kosten diese zusätzlich erwerbbarer Säcke derzeit € 6,49. D.h. sie sind in der Gemeinde Leonding schon viel teurer als in Wels. Der Herr Bürgermeister erwähnte bereits, der Kostendeckungsgrad ist nicht gegeben und daher werden wir dem zustimmen.

Bgm. Dr. Rabl: Um das mit der Gebührenerhöhung nochmals klarzustellen: Bei einem 60 Liter-Behälter, diesen hat jeder „normale“ Haushalt zu Hause, ein Einfamilienhaus, bei einer vierwöchigen Entleerung steigt die Gebühr pro Monat um 90 Cent. Wir diskutieren jetzt über 90 Cent pro Monat. Jetzt mag das natürlich für den einen oder anderen auch viel Geld sein diese 90 Cent pro Monat. Das kann schon sein, aber wir wollen die Kirche trotzdem im Dorf lassen, es sind trotzdem 90 Cent pro Monat und € 11,-- im Jahr für ein ganz normales Einfamilienhaus.

Wäre die Sozialdemokratie tatsächlich so hold und her das immer auszusetzen, Wien ist ja auch eine reiche Stadt – diese hat die Gebühren auch erhöht. Warum? Weil Wien ebenfalls Probleme hat, die Abfallkosten unterzubringen. Ich bin ein Mensch, der sagt eine vernünftige Haushaltsführung bedeutet eine sparsame Haushaltsführung, um möglichst viel Geld der Steuerzahler für das zu verwenden wofür es wirklich da ist, nämlich sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig etwas zu errichten, zu tun für die Bevölkerung, ist wesentlich besser und ist mir viel lieber als Gebühren auszusetzen, die nachhaltig Kosten verursachen.

Das große Entlastungspaket für die Welser, 2,5 Mio. Euro, das wir heute noch im Gemeinderat beschließen – das macht übrigens keine andere Stadt – können wir uns nur deswegen leisten, weil wir sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig die Verwaltung geführt haben. Keine andere Stadt hat ein Paket in dieser Höhe zur Unterstützung nicht nur der unteren Einkommensschichten, sondern auch der mittleren Einkommensschichten. So etwas würde ich mir auch einmal von der Sozialdemokratie wünschen. Da habe ich nämlich so etwas noch nie gehört, wenn sie regiert – leider! Aber vielleicht kommt das ja alles noch in den Städten, die sozialdemokratisch regiert sind. Ich glaube es nur nicht recht, weil dazu die Geldmittel ja nicht vorhanden sind. Wir brauchen das Geld dann, wenn es die Bevölkerung braucht und wir müssen die Bevölkerung dann unterstützen, wenn es notwendig ist. Bei den Abfallgebühren hat es aus meiner Sicht eher wenig Sinn, weil die Beträge zu gering sind und das Verursacherprinzip aus meiner Sicht trotzdem zum Durchbruch verholfen werden soll. Was heißt das in Wirklichkeit? Ich sage derjenige, der beim Abfallverursachen sparsam ist, der soll auch belohnt werden durch niedrige

Müllgebühren. Aber derjenige, der viel Abfall produziert, muss auch dafür aufkommen. Man kann heute sehr gut Müll trennen, man kann sehr viel Abfall vermeiden indem man bewusst einkauft, indem man Verpackungsmaterial entsprechend hinterlässt, wieder verwendbare Verpackungsmaterialien verwendet usw. All das ist möglich, weshalb es jetzt schon gut möglich ist diese Gebühren zu sparen, wenn man seine Lebensweise auch ändert. Das ist ein Ziel, das gehört auch belohnt. Ich sehe es daher so, derjenige, der nachhaltig lebt, der umweltschonend lebt, der wenig Abfall produziert, der soll auch wenig bezahlen. Derjenige, der viel Müll macht, soll viel bezahlen.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird mit

gegen 25 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion, NEOS, MFG)
9 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion)
angenommen.

9.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2022/023

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 29.11.2022:

Die in der Anlage 1 dargestellten Kreditübertragungen und in den Anlagen 2 und 3 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

10.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2022/026

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 29.11.2022:

Die beantragten Kreditüberschreitungen (Anlagen 1 und 2) werden genehmigt.

Der Antrag zu Punkt 4. der Tagesordnung wird mit

gegen 29 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, MFG)
und 1 Nein-Stimme (NEOS)
4 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)
angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatter Vizebürgermeister Gerhard Kroiß

11.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels über die Festsetzung von Tarifen für die Anmietung der Stadthalle, der Minoriten und des Stadttheaters sowie sonstiger Veranstaltungsstätten (Anmietungstarifordnung 2022)
BK-HA-55-2022 miterledigt:
BK-K-067-5-2022

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 29.11.2022:

Beiliegende Anmietungstarifordnung 2022 wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Vizebürgermeister Mag. Klaus Schinninger

12.)

Welser Volksschulen – Ankauf einer IT-Ausstattung;
Auftragsvergabe an die Firma Kontron AG, Linz;
BK-Schu-128-2022 miterledigt:
ZE-022-1-150-2022

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Bildungs- und Gesundheitsausschuss am 28.11.2022:

Beiliegende Zuschlagserteilung betreffend die Lieferung von 14 Stück Desktop PC´s sowie 152 Stück Notebooks für die VS 7 Puchberg, die VS 10 Lichtenegg, die VS 11 Lichtenegg sowie das ISZ Vogelweide mit einer Auftragssumme in Höhe von brutto € 75.741,60 inkl. USt. an die Firma Kontron AG, 4020 Linz, Industriezeile 35, wird beschlossen.

GR. Wippl, BA BA: Um die Digitalisierung in der Bildung voll ausschöpfen zu können und den IT-Einsatz an Schulen zu forcieren, gilt für die Schulleitung eine Bereitstellung einer bedarfsorientierten Ausstattung als Grundlage. Die Rahmenbedingungen für den digital unterstützten Unterricht in unseren Welser Schulen werden mit der Anschaffung der neuen Geräte wesentlich verbessert.

Mein Dank geht an dieser Stelle an die Dst. Schule, Sport und Zukunft, unter der Leitung von Mario Kastner, und der Dst. Zentraler Einkauf für die Durchführung und Organisation dieses Ankaufes.

IT- und Medienkompetenz sind mittragende Säulen für das Lernen und die Teilhabe an der Gesellschaft. Darum unterstützt die FPÖ-Fraktion den Ankauf dieser IT-Ausstattung für unsere Welser Schüler.

Vzbgm. Mag. Schininger: Liebe Kollegin Wippl, Dankeschön! Ich möchte in meinem Schlusswort auch meine Dankesworte an die beiden Dienststellen aussprechen und ersuche um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 12. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

13.)

Sozialer Fahrdienst der Stadt Wels;
Auftragsvergabe an den Arbeiter-Samariter-Bund
Österreichs, Gruppe Bad Ischl
SHmR-084-01-1-2021

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Sozial-, Kultur- und Frauenausschuss am 29.11.2022:

Beiliegender Werkvertrag, abgeschlossen zwischen der Stadt Wels und dem Arbeiter-Samariter-Bund Österreichs, Gruppe Bad Ischl, 4820 Bad Ischl, Linzer Straße 11, bezüglich Sozialer Fahrdienst wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß: Zum nächsten Tagesordnungspunkt wurden von der GRÜNEN-, der FPÖ- und der ÖVP-Fraktion Abänderungsanträge eingebracht, die ich wie folgt verlese:

Abänderungsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion:

Wir beantragen den Absatz unter Punkt 1.c.

Anspruchsberechtigt sind alle österreichischen Staatsbürger, EU- oder EWR-Bürger, die seit 2 Jahren vor Antragstellung ihren Hauptwohnsitz ununterbrochen in der Stadt Wels hatten, sowie alle Drittstaatsangehörigen, die seit 10 Jahren vor Antragstellung ihren Hauptwohnsitz ununterbrochen in der Stadt Wels hatten und die folgende Einkommensobergrenzen, bezogen auf den jeweiligen Haushalt nicht überschreiten:

in folgenden zu ändern:

Anspruchsberechtigt sind alle österreichischen Staatsbürger, EU- oder EWR-Bürger sowie Drittstaatsangehörige, die seit 2 Jahren vor Antragstellung ihren Hauptwohnsitz ununterbrochen in der Stadt Wels hatten und die folgende Einkommensobergrenzen, bezogen auf den jeweiligen Haushalt, nicht überschreiten:

Abänderungsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion:

Abänderungsantrag zu TO-Punkt 14. Welser Unterstützungspaket:

Wir beantragen den Punkt 1.c erster Absatz beginnend mit „Anspruchsberechtigt sind alle österreichischen Staatsbürger, EU- oder EWR-Bürger, die seit 2 Jahren vor Antragstellung

wie folgt zu ändern:

Anspruchsberechtigt sind alle österreichischen Staatsbürger, EU- oder EWR-Bürger, die seit 1 Jahr vor Antragstellung

Abänderungsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion:

Der Absatz c möge wie folgt abgeändert werden:

Anspruchsberechtigt sind alle österreichischen Staatsbürger, EU-, EWR-Bürger, die seit 1 Jahr vor Antragstellung ihren Hauptwohnsitz in Wels ununterbrochen ihren Hauptwohnsitz haben und Drittstaatsangehörige, die seit 5 Jahren ihren Hauptwohnsitz in Wels haben.

Bitte diese Abänderungsanträge in die Debatte mitaufzunehmen.

Welser Unterstützungspaket
SHoR-093-02-31-2022

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorberatung im Sozial-, Kultur- und Frauenausschuss am 29.11.2022:

1. Die Stadt Wels richtet aufgrund der Teuerungen einen Fonds zur einmaligen Unterstützung von Welsern ein.
2. Voraussetzung für die Gewährung einer Unterstützung ist, dass die unter Punkt 1.c des gegenständlichen Amtsberichtes angeführten Kriterien/Bedingungen erfüllt sind. Sinngemäß gilt für den Unterstützungsfonds die Subventionsordnung der Stadt Wels (Punkt 1.d).
3. Bei Erfüllung der Voraussetzungen wird ein nicht rückzahlbarer Zuschuss durch das nach der Geschäftseinteilung sachlich zuständige Mitglied des Stadtsenates, das ist Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger, gewährt.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl:

GR. Huber, MPA: Wels schnürt ein Unterstützungspaket um 2,3 Mio. Euro. „Eine Einmalzahlung gibt es in keiner anderen österreichischen Kommune“ - so lautete die Überschrift in den OÖNachrichten. Wieder einmal sorgt unser Herr Bürgermeister für Schlagzeilen, zum Glück positiv. Wenn es um Publicity geht, muss man es auch nicht ganz so genau nehmen. Natürlich gibt es in anderen Städten auch Einmalzahlungen, z.B. in Wien – da du ja Wien so gerne erwähnst. Jedes Ansuchen für den Sozialfonds ist eine Einmalzahlung oder auch diverse Förderungen. Darum geht es uns als SPÖ-Fraktion gar nicht. Wir werden dem Unterstützungspaket heute schon zustimmen, denn es ist besser in diesen Zeiten zu helfen als gar nicht. Der extreme Anstieg der Lebenshaltungskosten, die bald existenzbedrohenden Energie- und Strompreise bereiten natürlich den Welsern Sorgen.

Bereits im Februar d.J. forderten wir einen Gebührenstopp ein. Damals wurde unser Antrag ins Lächerliche gezogen und betont, dass die Gebühren für Wettterminals, Glückspielautomaten nicht erhöht werden dürfen. Eigentlich hätte man sich schon damals dieser Sache annehmen und ernsthaft über eine Unterstützung nachdenken können. In mehreren Anträgen, Anfragen, Presseaussendungen hat die SPÖ immer wieder auf die Teuerungsproblematik hingewiesen und die Bürgermeisterpartei aufgefordert Verantwortung zu übernehmen. Unsere Vorschläge reichen vom Erlass der Elternbeiträge, rasche Einmalzahlungen, Unterstützung der Vereine bis hin zum Handlungsbedarf bei der Strompreiserhöhung um 224 % in dieser Stadt. Noch dazu meinte der Herr Bürgermeister einmal „es wird zu keiner Erhöhung kommen“.

Einige unserer Ideen sind ja jetzt in dieses Unterstützungspaket eingeflossen. Wenn die Bürgermeisterpartei aber ein Millionenpaket schnürt und die Oppositionsparteien nicht miteinbezieht, ist mir das eigentlich unerklärlich oder vielleicht doch erklärlich? Herr Bürgermeister, wir kennen uns seit vielen Jahren und wir sind dir sicher durch unsere Anträge und sehr kritischen Anfragen in der letzten Zeit, vor allem kritischen Anfragen an

deine Lieblingsvizebürgermeisterin, auf den Schlips getreten. Vor allem die Anfrage betreffend Pflege ist dir sicher gegen den Strich gegangen, aufzuzeigen wie in diesem Bereich vieles zurückgefahren wird, weniger Betten, Zusperrungen der Demenz-WG, weniger Personal, Kündigungen usw. Verzeih mir, aber das ist so ein Stück Majestätsbeleidigung und muss abgestraft werden. Deshalb hast du uns einfach nicht miteinbezogen, hast die ÖVP miteinbezogen und uns negiert.

Wir sind darüber nicht verärgert. Nein, wir sind verwundert, denn bei wirklich vielen wichtigen Themen in dieser Stadt gibt es Lenkungsausschüsse, Masterpläne usw. Wir setzen uns an einen Tisch und verhandeln darüber.

Grundsätzlich ist das Unterstützungspaket eine gute Maßnahme, aber mit vielen offenen Fragen. Die Parameter wurden nicht klar definiert. Wo kann ich ansuchen, wie komme ich zu dieser Wels Card, muss ich diese bei der Referentin abholen oder wird sie zugeschickt? Warum eigentlich nur zwei Monate Ersatz der Elternbeiträge für die Betreuung in den Welser Kinder-, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen und warum nicht bis zum Ende des Kindergartenjahres? Was ist, wenn mehr Anträge einlangen als Geld vorgesehen ist? Gibt es überhaupt genügend Wels Cards? Sind diese vorrätig? Wissen sie eigentlich, dass die Wels Card, wenn sie diese nicht gleich nützen, nach einem Jahr ständig an Wert verliert? Warum haben Menschen, die keine zwei Jahre in Wels sind, diese Hilfe nicht nötig? Da bin ich schon beim Abänderungsantrag der GRÜNEN.

Auch wie dieses Unterstützungspaket im Ausschuss vorgelegt wurde, ist wirklich alles andere als professionell. Die Presseaussendung wurde in einem Amtsbericht verpackt, am Tag des Ausschusses, nach der Pressekonferenz durchgereicht. Die Mitglieder des Ausschusses sollten einem Unterstützungspaket in Höhe von 2,3 Mio. Euro zustimmen, sollten das einfach durchwinken und bekommen nicht einmal eine Amtsvorlage? Am nächsten Tag haben die Mitglieder des Ausschusses diese per Mail erhalten.

Über bleibt meines Erachtens eine Hauruck-Partie, schnell ein Paket schnüren, damit die SPÖ ausbremsen (denn sie haben uns ja beleidigt) und sich als Sozialpartei feiern lassen!

Ich wünsche mir, dass den Welsern möglichst rasch und unbürokratisch geholfen wird, damit sie schnell zu Geld kommen. Ich erwarte mir schon im Sinne einer Zusammenarbeit – dafür sind wir alle gewählt worden – bei so wichtigen Themen an einen Tisch geholt zu werden.

GR. Mag. Drack: Grundsätzlich begrüßt unsere Fraktion, wenn die Stadt Geld in die Hand nimmt und den Bürgern soziale Unterstützung zukommen lässt. Ich erinnere mich, in der ersten Finanzausschusssitzung nach der Wahl haben wir schon das Thema Armutsbekämpfung angeregt, wissend dass es ein großes Thema werden wird. Damals hieß es, es gibt die Mittel nicht. Insofern ist es sehr erfreulich, dass Mittel gefunden wurden und zur Verfügung stehen. 2,3 Mio. Euro ist ein sehr bedeutender und hoher Betrag.

Ein wenig gebe ich GR. Huber Recht, es wäre vielleicht gut, wenn wir das im Vorfeld gemeinsam diskutiert hätten und bei Budgetverhandlungen Rücksicht auf soziale Unterstützungen genommen wird. Diese Situation wird uns noch länger begleiten.

In Bezug auf den vorliegenden Antrag: Wir stellten einen Abänderungsantrag, dass die Drittstaatsangehörigen auch mit reingenommen werden bzw. diese 10-Jahres-Frist

gestrichen wird. Warum das? Im Antrag ist enthalten Personen mit geringem Einkommen sollen unterstützt werden. Das war damals schon beim Energiekostenzuschuss, den die Stadt Wels im Jänner beschlossen hat. Im Antrag steht auch Personen mit geringem Einkommen sollen unterstützt werden - Drittstaatsangehörige sind auch Personen! Wir machen sehr oft die Erfahrung mit Migrantinnen, die uns kontaktieren, dass sie sich sehr beschämt fühlen, wenn sie so einen Antrag lesen, weil sie quasi als Nichtperson bezeichnet werden. Also im Antrag steht schon Personen – und insofern der Appell, dass man durchaus allen Menschen, die in Wels wohnen, diese Unterstützung zukommen lässt.

Bei den Drittstaatsangehörigen geht es auch um Steuerzahler, genauso wie sehr viele Alleinerziehende und Werkstätige darunter sind, von der die Wirtschaft profitiert bzw. ist die Wirtschaft darauf angewiesen, dass Arbeitskräfte vorhanden sind. Wir alle kennen die Problematik, dass es einen massiven Arbeitskräftemangel in der Stadt gibt und es ist niemanden geholfen, wenn soziale Verelendung stattfindet - das ist im Moment der Fall.

Drittstaatsangehörige gehören bekanntlich zu der am stärksten von Armut betroffenen Personengruppe. Wenn eine Verelendung stattfindet, ist auch der Wirtschaft nicht geholfen. Insofern ist es gut, wenn Geld in die Hand genommen wird. Aber dieser Antrag ist leider keine Armutsbekämpfung. Er zielt in die Richtung Mittelstand, wo hingegen ja durchaus nichts einzuwenden ist. Aber wenn man sich z.B. die Einkommensgrenzen anschaut, die liegen bei € 1.800,-- bei einem Einpersonenhaushalt, die Armutsgrenze liegt bei € 1.374,--. Also das ist schon ein bedeutendes Signal, dass es da nicht nur um Armutsbekämpfung geht, sondern um den Mittelstand. Unser Appell geht dahin, diesen Antrag in Richtung Armutsbekämpfung abzuändern und wirklich den Ärmsten der Armen auch diese Unterstützung zukommen zu lassen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Zur Richtigstellung: Das ist die Obergrenze und nicht die Untergrenze!

Bgm. Dr. Rabl: Alle jene, die ein Einkommen bis zu dieser Obergrenze haben, erhalten eine Unterstützung. Damit sind jene, die von ihnen als armutsgefährdet bezeichnet werden, natürlich enthalten.

GR. Mag. Drack: Danke für die Korrektur – das habe ich missverstanden. Ich bleibe bei den Drittstaatsangehörigen und der Armutsbekämpfung.

GR. Wippl, BA BA: 2,3 Mio. Euro Unterstützungspaket! 2,3 Mio. Euro Soforthilfe! 2,3 Mio. Euro für unsere Welsler Bürger! Der extreme Anstieg der Lebenshaltungskosten hat weitreichende Auswirkungen auf das soziale und gesellschaftliche Leben in der Stadt Wels. Besonders betroffen sind Alleinerziehende, Mehr-Kind-Familien, Personen mit geringem Erwerbseinkommen, Arbeitslose und Senioren. Um die sozialen Folgen der Teuerung abzufedern hat sich die Stadt Wels dazu entschlossen ein Entlastungspaket in der Höhe von 2,3 Mio. Euro zu schnüren.

Das Unterstützungspaket beinhaltet unter Berücksichtigung der jeweiligen Voraussetzungen die Einmalzahlung, den Ersatz der Elternbeiträge in der Kinderbetreuung, die Kostenübernahme der Elternbeiträge in den Ganztageschulen, der Ersatz der Kostenbeiträge bei der mobilen Betreuung, einen Zuschuss für Essen auf Rädern und ein Unterstützungspaket für Vereine, um nochmals zu verdeutlichen, was dieses Unterstützungspaket alles enthält.

Wie bereits die Sozialreferentin anmerkte, wurde der Bezieherkreis nicht nur erweitert, sondern auch die Einkommensgrenzen für die Inanspruchnahme erhöht, um so auch Personen im mittleren Einkommensbereich unterstützen zu können, die bei vielen Förderungen durchgefallen sind, weil sie einfach um ein paar Euro mehr verdient haben.

Eine wichtige Säule in unserer Gesellschaft ist die Familie. Diese profitieren mit dem Welser Unterstützungspaket doppelt. In der Kinderbetreuung werden sie unterstützt und auch mit der Einmalzahlung. Nicht zu vergessen sind auch unsere Senioren, welche mit dem Ersatz der Kostenbeiträge für die mobile Betreuung und dem Zuschuss für Essen auf Rädern unterstützt werden. Das Sparen hat sich ausgezahlt! Wir können in der Not unseren Welser Bürgern unter die Arme greifen. Ein Unterstützungspaket in der Höhe von 2,3 Mio. Euro – das muss sich eine Stadt erst einmal leisten können und man sieht auch wie gut die Stadt in den letzten Jahren wirtschaftete.

Bei diesem Paket wurden zudem alle Gruppen beachtet. Und die Stadt Wels übernimmt im Gegensatz zur Bundesregierung die Verantwortung und lässt die eigenen Bürger nicht im Regen stehen. Liebe Silvia, deinen Kommentar nennt man „freies Spiel der Kräfte“. Die SPÖ wollte damals nicht in eine Koalition, weshalb wir uns für dieses Unterstützungspaket einen Partner suchten.

GR. Hufnagl, MBA: Die Teuerung macht uns allen zu schaffen – das steht außer Zweifel. Dass besonders die niedrigen Einkommen und inzwischen auch der Mittelstand betroffen sind, darüber brauchen wir nicht diskutieren. Das ist so! Dass hier der Staat helfend unter die Arme greifen muss bis zu einem gewissen Maße, darüber sind wir uns und die Politik in ganz Österreich einig.

Jetzt stellt sich aber die Frage wie macht man das? Wie hilft man? Auf welcher Ebene hilft man? Beantwortet man diese Fragen für sich, dann kann ich diesem Antrag nicht zustimmen. Und aus einem inhaltlichen Grund – aber dazu komme ich später.

Es ist wichtig zu schauen den Menschen mit niedrigerem Einkommen dauerhaft zu helfen. Wir müssen schauen die Menschen von den Steuern zu entlasten. Wir müssen über die Negativsteuer den Menschen etwas zurückgeben. Das ist nicht die Aufgabe einer Stadt irgendwie freihändig irgendwelche Gutscheine zu verteilen und sich als guter Samariter darzustellen. Das ist eine ziemlich populistische Aktion.

Über den Ablauf der Sache gebe ich meiner Vorrednerin Recht, es wurde nicht mit den anderen Parteien abgesprochen. Wichtig wäre dauerhaft Menschen mit niedrigem Einkommen zu helfen. Diese Einmalaktion verpufft. Was tun wir nächstes Jahr? Investieren wir wiederum 2,3 Mio. Euro? Das wird so nicht funktionieren.

Auf welcher Ebene macht man solche Dinge? Die Bundesregierung machte bereits einiges. Es gibt den Klimabonus, den Energiekostenzuschuss, die Teuerungsprämie für Unternehmer und ihren Mitarbeitern und andere Vergünstigungen. Dass jetzt die Stadt hier eingreift, finde ich eher populistisch.

Zum Antrag selbst möchte ich über eine paar Punkte noch mit ihnen reden. Dass man jetzt Kindergarten und Horte für zwei Monate kostenlos macht, o.k. – hier würden wir mitgehen. Zum Thema ganztägige kostenlose Schule – das ist von uns eine grundsätzliche Forderung. Aber dann € 100,-- pro Antragsteller und € 50,-- pro zusätzliche Person

auszuschütten, finden wir neben den vorhin genannten Gründen auch aus anderen Gründen nicht gescheit. Z.B. diese Ausschüttung über die Wels-Card. Mit dieser Wels-Card kann ich keine Gasrechnung, keine Stromrechnung zahlen. Es gibt monatliche Rechnungen, die ich mit dieser Wels Card nicht begleichen kann.

Zu dieser Grenze mit € 2.600,-- Nettoeinkommen: Wir finden diese Grenze eindeutig zu hoch gesteckt. Vor allem deswegen, weil bei diesen € 2.600,-- die Familienbeihilfe und etwaige Wohnbeihilfe etc. nicht berücksichtigt werden. Bei einer Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern liegt diese Grenze bei über € 3.000,--; ich finde diese ist schon sehr hochgesteckt und vielleicht nicht ganz treffsicher.

Zur Einschränkung in Bezug auf Drittstaatsangehörige: Was ist der Unterschied zwischen einem Spanier oder einem Deutschen zu einem Bosnier, der seit einiger Zeit in Wels lebt? Ich kann diesen nicht erkennen. Ich kann ihnen schon sagen, warum EU-Angehörige anders behandelt werden wie Drittstaatsangehörige. Weil man das einfach muss, weil es sonst dem Gleichheitsgrundsatz nicht entspricht. Man muss sie gleich behandeln, auch wenn man es vielleicht gar nicht will. Ich finde das einfach unfair. Auch Drittstaatsangehörige leben und arbeiten in Wels, zahlen in Österreich Steuern, zahlen ihre Lohn- und Gehaltsabgaben und zahlen über die Unternehmen Kommunalsteuer. Also, dass man jetzt her geht und sagt du bekommst es und du nicht, erschließt sich mir überhaupt nicht.

Ja, es gibt so etwas auch in Wien, aber es ist halt so, dass die Wiener dies schon anders geregelt haben. In Wien gilt, dass jeder, der mit Stichtag 10.11.2022 gemeldet ist, Anspruch hat. Völlig egal woher er kommt. Das muss ich schon sagen.

Sie haben es ein bisschen gescheiter gemacht, was das Thema Gehaltsgrenzen usw. betrifft. Da geht es um Bruttobeträge, um eine klare Regelung mit einem Bruttobetrag von € 40.000,-- nach dem Einkommenssteuergesetz gemäß § 2 – es ist ganz klar geregelt was das ist und sie haben es auch ein bisschen gescheiter gemacht was das Thema Alleinverdiener betrifft. Bei denen ist die Grenze wieder anders festgelegt, sodass Alleinverdiener ein bisschen mehr bevorzugt werden. Also Wien hat das gar nicht so blöd gemacht.

Ich bin aus meiner politischen Überzeugung der Meinung, dass das einfach in einer Stadt nichts zu suchen hat. In den letzten 5 Minuten habe ich mir erlaubt die Zeitung „Mein Wien“ durchzulesen. Herr Bürgermeister – zur Berichtigung: Ich finde genau den Herrn Vzbgm. Wiederkehr einmal.

StR. Dr. Oberndorfer: Jetzt meldet sich der verlässliche Partner zu Wort. Aber keine Angst, es wird keine Liebesheirat, sondern eine Zweckgemeinschaft, um ein sinnvolles Projekt durchzubringen. Genau darum geht es hier, es ist ein rundes Paket, das heute beschlossen werden und weite Schichten der Welser Bevölkerung unterstützen soll.

Dieses Paket trägt ganz maßgeblich auch die Handschrift meiner Fraktion. Wir brachten uns von Anfang an ein und unsere Vorstellungen finden sich auch wieder. Vor allem geht es uns darum, dass hier nicht nur untere Einkommensschichten unterstützt werden, sondern zusätzlich auch die Unterstützung bis in den Mittelstand hineinreicht. Wir hörten heute schon die Einkommensgrenzen. Es ist durchaus so, dass hier viele Personen, viele Haushalte des Mittelstandes darunterfallen. Zu denken ist insbesondere an Jungfamilien,

wo vielleicht ein Partner Teilzeit arbeitet und daher das Gesamteinkommen nicht so hoch ist. Zu denken ist an Alleinverdiener und vor allem an Senioren, für die diese Unterstützung ebenfalls sehr wertvoll ist. Dass man natürlich immer sagen kann, man hätte gerne noch mehr, man hätte gerne bestimmte Gruppen mehr einbezogen oder hätte das Prozedere anders gemacht ist grundsätzlich legitim. Aber ich gehe davon aus, dass das hier ein sehr rundes Paket ist.

Es wurde auch Kritik geäußert daran, dass die Ausgabe in Form der Wels Card erfolgt. Das ist etwas, was mir persönlich als Wirtschaftsreferent ganz wichtig war. Wenn wir schon eine Unterstützung als Stadt leisten, dann wäre es doch bitte in unserem Interesse, wenn diese Unterstützung auch tatsächlich in Wels bleibt. Das ist mit der Wels Card sichergestellt. Das ist das Entscheidende hier. Das Geld bleibt in Wels. Es bleibt in der regionalen Wirtschaft, es wandert nicht ins Internet ab, ich kann damit nichts auf Amazon bestellen, sondern ich bin gewissermaßen gezwungen das Geld hier auszugeben. Die Wels Card hat über 240 Partnerbetriebe, da sind u.a. auch große Lebensmittelhändler dabei, da sind Drogerien, Apotheken dabei. D.h. da kann ich mir Dinge des täglichen Bedarfs kaufen und damit wird eine echte Entlastung für die Menschen erzielt.

Eines möchte ich noch anmerken, weil davon gesprochen wurde, dass sich Wels das leisten kann. Wels kann sich das aus drei Gründen leisten. Ein Grund wurde schon gesagt, man hat in den letzten Jahren sparsam gewirtschaftet; das ist gut so, das ist eine Voraussetzung. Eine weitere Voraussetzung ist aber natürlich auch, dass diese Stadt grundsätzlich sehr wohlhabend ist. Dieser Wohlstand wird erwirtschaftet in unseren großartigen Betrieben, die wir in Wels haben, die teilweise Weltmarktführer sind, ohne die das nicht möglich wäre. Das möchte ich als Wirtschaftsreferent hier nochmals betonen. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass sich eine Stadt so etwas leisten kann. Das könnte sich auch nicht jede Stadt leisten. Das liegt daran, dass wir so eine gute Wirtschaft haben, so viele fleißige Arbeitnehmer, die in den Betrieben tätig sind und die hier unseren Wohlstand erwirtschaften und uns zur zweitreichsten Region Österreichs machen. Nur deshalb ist das möglich. Der dritte Grund ist, es kommt halt auch durch die Bundesregierung zu einem unerwarteten Geldsegen mit dem Gemeindepaket des Bundes, da werden über 7 Mio. Euro ausgeschüttet und einen Teil davon kann man jetzt auf andere Art und Weise der Bevölkerung direkt zur Verfügung stellen. Auch das muss an dieser Stelle gesagt werden, dieser Geldsegen der Bundesregierung hilft uns als Gemeinde die Menschen besser unterstützen zu können.

In Summe wie gesagt ist es ein rundes Paket, das von Anfang an unsere Unterstützung gefunden hat, in das die Ideen unserer Fraktion miteingeflossen sind, welches unsere Handschrift trägt und daher darf ich Danke sagen an alle, die an diesem Paket mitgewirkt haben, allen voran natürlich der Sozialreferentin und der Sozialabteilung. Danke auch schon dafür, dass das Ganze dann abgewickelt wird. Es wird nicht „ohne“ werden, man muss sich das einmal vorstellen, wenn wir davon sprechen, dass wir breite Bevölkerungsschichten unterstützen wollen, dann heißt das auch, dass entsprechend viele Anträge kommen werden, 1000e von Anträgen, die auch abzuarbeiten sind. Dafür schon einmal einen großen Dank an diejenigen, die das tagtäglich tun werden.

GR. Scheinecker, BA: Grundsätzlich sind einige Punkte dieses Pakets zu begrüßen. Jetzt kann man über die Genese dieses Pakets diskutieren. Ich halte es für unklug über Presseaussendungen informiert zu werden – aber ja, so ist das halt! Vor allem glaube ich, dass manche Sachen nur schöne Überschriften sind und relativ wenig Substanz haben.

In diesem Kontext sind u.a. die „Unterstützung der Vereine“ vorgesehen. Jetzt bin ich in einigen Vereinen ehrenamtlich aktiv, viele davon im Bereich der Armutsbekämpfung, bin Vorsitzende der Kinderfreunde. Viele Vereine, die in dieser Stadt mit Migranten, mit Menschen, die tatsächlich nicht nur armutsgefährdet sind, sondern tatsächlich arm sind, arbeiten. All diese Unterstützungen, die wir hier formulieren und beschließen, sind nicht unwesentlich, sind wichtig.

Du hast den Punkt angesprochen mit den zwei Monaten Gratiskinderbetreuung. Das ist eine tolle Geschichte – hätte ich gerne generell das ganze Jahr. Aber diese Vereine leisten wahnsinnig viel Arbeit. Sie haben das Problem, auch wenn wir kurzfristig einen warmen Geldregen über einen Teil der Bevölkerung, Drittstaatsangehörige nehmen wir aus, das sind anscheinend weniger Welser, ausschütten, wird das substantiell nicht weniger werden. Die Sozialvereine in dieser Stadt haben einen Zulauf an Menschen. Sie jammern jetzt schon darüber, dass es immer mehr Menschen gibt, die nicht wissen, wie sie ihre Miete bezahlen sollen, wie sie ihre Stromrechnungen zahlen sollen usw. Ich las dieses Paket durch und habe dann StR. Dr. Oberndorfer angerufen, weil u.a. von den Vereinen gesprochen worden ist. Auch im Finanzausschuss stellte ich die Frage, wer denn von den Vereinen diesen Zuschuss bekommt. Wie sollen wir Vereine in ihrer täglichen Arbeit unterstützen, die es ganz dringend brauchen, die immer mehr Arbeit haben und von Subventionen leben? Also die sozialen Vereine, die den Armen in unserer Stadt helfen, haben nicht die beste Ausgangslage.

Ich kenne nicht viele Sozialvereine, die diesen Energiekostenzuschuss erhalten haben. Im Sozialausschuss wurde darüber gesprochen, dass einige Vereine dabei waren, u.a. das EKIZ klein und GROSS. Tandem hat einen kleinen Beitrag erhalten. Viele Vereine haben diesen Energiekostenzuschuss-Brief nicht erhalten. Ich möchte genauer wissen bevor eine Presseaussendung hinausgeht, was wir da genau machen, wer sind die Anspruchsberechtigten? Wir schießen Presseaussendungen hinaus und die Leute sind schon dermaßen verwirrt. Es ist jetzt nicht die erste Förderung, wo ich immer wieder von Leuten mitbekomme, die nicht wissen, wie es funktionieren soll, die nicht wissen, wo sie sich diese abholen können. Hier müssen wir uns in der Gesamtheit substantieller damit beschäftigen und konkreter werden. Mittlerweile glaube ich ist die Unterstützung manchmal doch sehr mangelhaft.

GR. Pühringer, MSc: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not! Das Sprichwort selbst ist alt, aber aktueller als selten zuvor. Dank der vorausschauenden Budgetpolitik unseres Bürgermeisters oder wie er vorhin sagte eine vernünftige Haushaltsführung ist eine sparsame und zweckmäßige Haushaltsführung, konnte in Zeiten der Rekordinflation eine Unterstützungspaket für die Welser geschnürt werden, welches in Österreich wirklich seinesgleichen sucht. Hier geht es nicht unbedingt um die Einmalzahlungen liebe Kollegin Silvia Huber, sondern es geht eigentlich mehr um das Ausmaß dieses Unterstützungspaketes.

Lieber Kollege Mag. Schininger, bitte verzeih, in Villach gibt es auch ein Unterstützungspaket für besonders einkommensschwache Menschen. Die Mehrkosten für dieses Unterstützungspaket betragen aber lt. eigenen Angaben nur 100.000,- Euro. Warum nur? Weil die Einkommensgrenzen weit unter jenen in Wels liegen. Ebenso in St. Pölten, einer weiteren mit Wels vergleichbaren Stadt. Auch hier liegen die Einkommensgrenzen für den sogenannten Teuerungsausgleich deutlich unter jenen in

Wels. In anderen gleichartigen Städten, wie z.B. Dornbirn oder auch Wr. Neustadt sucht man überhaupt vergebens nach Unterstützung anlässlich der aktuellen Teuerung. Auch sonst wird es wohl nicht viele Städte in Österreich geben, die ihren Bürgern in diesem Ausmaß, nämlich bis hinein in den Mittelstand, unterstützen können. Denn eines ist klar – die Teuerung ist definitiv im Mittelstand angekommen und betrifft nicht nur mehr Menschen mit geringem Einkommen. Lt. aktuellen Zahlen des Fiskalrats können sich derzeit 30 – 35 % der Menschen das Leben nicht mehr leisten.

Genau deshalb wurden die Einkommensgrenzen in Wels bewusst hoch angesetzt, nämlich um auch den Leistungsträgern unserer Gesellschaft – eben dem Mittelstand – eine spürbare Entlastung zukommen zu lassen. Diese Gruppe ist bisher immer leer ausgegangen und in Zeiten wie diesen zählt auch für sie wirklich jeder Euro an Unterstützung.

Dass es für die SPÖ-Fraktion nie genug und immer zu wenig ist, ist ja nichts Neues. Bedenkt man, dass Dr. Andreas Rabl 2015 eine Stadt mit großem Schuldenberg übernommen hat, so ist dieses Paket noch höher zu bewerten. Wie man im Vergleich zu anderen Kommunen sieht, ist es keineswegs selbstverständlich als Stadt 2,3 Mio. Euro! als Unterstützung an die Bürger auszuschütten. Danke Dr. Andreas Rabl und Danke Christa Raggl-Mühlberger – so geht Sozialpolitik!

GR. Mag. Stöger Müller, MBA: Wir beschließen heute ein Entlastungspaket in Höhe von 2,3 Mio. Euro Steuergeld. Ich bin froh, dass dieses lang angekündigte Paket jetzt endlich vorliegt. Entlastungsmaßnahmen sind dringend notwendig. Über die Vorgehensweise im Ausschuss war ich jedoch ein wenig irritiert. Der Amtsbericht wurde am Beginn der Sitzung auf die Tagesordnung gesetzt, wurde während der Diskussion der anderen TOP zum Durchlesen durchgereicht. Lieber Kollege Dr. Oberndorfer, ich muss dir widersprechen – es ist kein rundes Paket. Der Amtsbericht ist quasi 1:1 die Pressekonferenzunterlage und lässt sehr viele Fragen offen.

Z. B. nach welchen Kriterien wurden die Einkommensgrenzen festgelegt? Warum haben Drittstaatsangehörige erst nach 10 Jahren Hauptwohnsitz einen Anspruch? Sind diese leicht weniger von der Teuerung betroffen? Warum sind Studierende ausgenommen? Was ist mit der angekündigten Entlastung für Gaskunden? Müssen alle Personen in einer Haushaltsgemeinschaft diese Kriterien erfüllen oder nur der Antragsteller? Was passiert, wenn die 2,3 Mio. Euro ausgeschöpft sind und es gibt eigentlich noch mehr Anspruchsberechtigte? Also das sind alles Fragen, die im Ausschuss nicht beantwortet wurden. Manche Fragen wurden zwar im Ausschuss geklärt, das steht dann auch so im Protokoll. Mir wäre es ehrlich gesagt lieber, wenn es um so viel Geld geht, dass das auch im Amtsbericht niedergeschrieben steht. Ich erwarte mir von den politischen Verantwortlichen mehr und mehr Professionalität. Ihr seid jetzt offensichtlich schon selbst darauf gekommen, weil ihr einen Abänderungsantrag zu eurem eigenen Paket eingebracht habt.

Wir werden dem Entlastungspaket, auch wenn es ein löchriges Paket ist, zustimmen, weil wir der Hilfe für die Welser nicht im Weg stehen wollen und weil wir Vertrauen in die Magistratsbediensteten haben, dass sie die Anträge auch so abwickeln, wie im Ausschuss besprochen wurde. Aber euch muss schon klar sein, dass so ein Beschluss mit so einem Amtsbericht nur möglich ist durch einen gewissen Vertrauensvorschuss unsererseits.

GR. Schiefermayr: Eines muss ich feststellen, wenn man der Sozialdemokratie zuhört, dann ist immer dieses Gießkannenprinzip vordergründig, das hat im Kommunismus schon nicht funktioniert und es wird auch heute nicht funktionieren. Der ehemalige Bundeskanzler Gusenbauer hat ja auch schon von der ewigen Suderei in den eigenen Reihen gesprochen. Vielleicht sollte man sich einmal konstruktiv einer Sache widmen, dann wäre das mit Sicherheit etwas wert.

Zwischenruf von GR. Huber, MPA: Unter Kanzler Gusenbauer warst du auch noch ein Sozialdemokrat!

GR. Schiefermayr: Das macht ja nichts. Unsere beiden Damen sprachen die Eckpunkte dieses Paketes bereits an. Aus unserer Sicht ist ganz wichtig, dass der Mittelstand zum Zug kommt, weil dieser ja sonst immer durch den Rost fällt. Kurz gesagt: Man hilft hier rasch und unbürokratisch und durch die Wels Card bleibt das Kapital auch in unserer Stadt.

Vzbgm. Mag. Schinninger: Ronny Schiefermayr sorgt immer für Erheiterung – auch bei mir persönlich, danke dafür lieber Ronny. Dank Carmen Pühringer haben wir ein bisschen Weihnachtsstimmung hier im Saal, Weihrauch und Myrrhe – wir riechen es förmlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Hilfe ist wichtig und richtig. Vor allem in Zeiten wie diesen, wo sich immer mehr Menschen das Leben schlichtweg nicht mehr oder nur sehr schwer leisten können. Diese Hilfe haben wir als SPÖ-Fraktion immer schon eingefordert, nicht erst mit dem Beginn des sinnlosen Krieges in der Ukraine. Bereits viel Zeit vorher wiesen wir immer wieder auf die durchaus sehr prekären Lebensverhältnisse vieler Welsler hin. Aber leider wurden unsere Vorschläge, Initiativen und Anträge hier in diesem Gremium oft ignoriert und zumeist auch weggestimmt. Nach mehrmaliger ergebnisloser Urgenz, auch bei dir liebe Frau Vizebürgermeisterin, haben wir den Weg über die Presse, über die Öffentlichkeit gesucht und siehe da, wie durch ein Wunder am 6. Oktober d.J. war auf einmal doch etwas möglich. Viele unserer Forderungen finden sich in diesem Papier wieder – lieber Martin von wegen Handschrift der ÖVP!

Wir werden als SPÖ-Fraktion natürlich – daran gibt es überhaupt keinen Zweifel – dem Unterstützungspaket zustimmen. Obgleich wir schon noch das eine oder andere in das Gesamtpaket hineinreklamieren würden. Aber leider wurden wir nicht in die Gespräche miteingebunden. Ja, nicht einmal im Vorfeld informiert. Einzig am 14. November d.J. nach der Unterschriftsleistung des FC Wels und der WSC Hertha bezüglich deren Kooperation wurden Kollege Dr. Oberndorfer und ich vom Herrn Bürgermeister dahingehend informiert, dass er Unterstützungsleistungen gerade berechnen lasse und diese vor allem auch den Mittelstand entlasten werden. Gesamtvolumen rund 2 Mio. Euro – 5 Minuten, länger dauerte das Gespräch nicht.

Es gäbe schon noch ein paar Fragen, die es seitens der Referentin zu beantworten gäbe. Weshalb haben wir bei der Unterstützung der Familien nicht tatsächlich einen wirklich großen Wurf gewagt? Weshalb erlassen wir die Elternbeiträge für Krabbelstuben, Kindergärten und Horte nicht gleich bis zum Ende des Betreuungsjahres? Weshalb nur zwei Monate? Warum nicht überhaupt Gratis-Ganztageschulen? Was ist mit den Essensbeiträgen? Wo bleibt der geforderte Stopp der Erhöhungen von Gebühren und Abgaben? Ja, hier Bürgermeister, hier würde Kleinvieh auch Mist machen. Wo ist die Hilfe für Ältere, Kranke und Pflegebedürftige, deren Kosten für Medikamente und Heilbehelfe laufend steigen? Wie unterstützen wir Menschen, die aufgrund der gestiegenen Preise für

Treibstoffe auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen? Aus Umweltgründen ist das tatsächlich auch gut. Wo ist hier die Unterstützung für die junge Bevölkerung? Wie sieht es mit der Hilfe bei den um mehr als 200 % erhöhten Stromkosten aus? Wie sieht es beim Gas aus? Wie sieht die administrative Abwicklung der Einmalzahlungen aus?

Endlich kommt nun – hoffentlich wirklich lieber Gerhard – die seit dem letzten Jahr versprochene Unterstützung der Welsener Vereine. Wie bedecken wir das als Stadt finanziell? Woher kommt das Geld? Aus den 650.000 Euro der Impfkampagne, vieles aus dem Gemeindepaket, endlich auch hoffentlich wie letztes Jahr 250.000 Euro für die Vereine. Fragen über Fragen, die mich als ressortzuständigen Referenten gerade im Bildungsbereich tatsächlich brennend interessieren würden.

Vielleicht wäre es doch eine gute Idee gewesen zumindest einen zuständigen Nicht-FPÖ-Referenten mit ins Boot zu holen. Denn auch wenn Dr. Oberndorfer mit am Tisch gesessen ist, sorry, aber kann ich bei bestem Willen keine Zuständigkeit in deinem Ressort finden. Vielleicht ist es ja auch die tatsächliche langjährige Verbundenheit der Jahre 2015-2021, manche nennen es fälschlich „freies Spiel der Kräfte“.

Ich möchte mich liebe Kollegin VzbGm. Raggl-Mühlberger explizit bei dir bedanken, da du noch am Abend des 25. Novembers d.J. bei der Feier anlässlich der Städtepartnerschaft Wels – Straubing in einem sehr langen, sehr intensiven und persönlichen Gespräch abseits der Feierlichkeiten gemeint hast, es wäre schon eine gute Idee gewesen auch die anderen Parteien ins Boot zu holen, es wäre auch dir ein großes Anliegen. Christa, danke dafür – leider hat es nicht funktioniert.

Aber das ist tatsächlich Schnee von gestern. Vielleicht gelingt es uns ja tatsächlich mit ein wenig gutem Willen zumindest in der Umsetzung des Pakets gemeinsam an einem Strang zu ziehen, denn die Welsener haben sich das tatsächlich verdient. Sehr sogar!

GR. KR. Schönberger: Es ist natürlich gut, wenn man schnell hilft. Es ist gut, wenn man Dinge rasch beschließt und wenn Hilfen fließen. Aber es ist auch gut, wenn man die echten Zahlen und nicht nur die Gesamtsumme sieht. Familie, zwei Kinder, Dezember 2021 Gasvorschreibung € 61,--, Dezember 2022 jetzt eine Gasvorschreibung über € 170,--. Da kann man schon sagen, o.k. man kann jetzt momentan so wie bei einer Kopfwhe-tablette, wenn man sich einen Fuß abgeschnitten oder gebrochen hat, auch ein Schmerzmittel geben. Es wird vielleicht den Schmerz momentan lindern, aber die Ursache nicht bekämpfen.

Was wir in Wels brauchen, ist für unsere Bevölkerung nicht eine Schlagzeilenpolitik, sondern wir brauchen nachhaltige Lösungen, mit denen die Menschen zufrieden sind. Wir brauchen Initiativen, wie z.B. die Anschlüsse der Fernwärme. Nimmt man jetzt den Heimstättenring her, es ist zwar nett und gut wenn man jetzt die Fernwärme dort macht, es war zwei Jahre die Straße aufgerissen wegen der Leitungen, aber es ist nicht gut wenn man dann den Mietern dort sagt, wenn ihr einen Fernwärmeanschluss haben und jemand vor Jahren eine Gastherme gekauft hat, dann müsst ihr jetzt € 4.000,-- in die Hand nehmen um die Fernwärme zu bekommen. Da braucht es Initiativen, da müssen wir handeln, da müssen wir den Menschen die Möglichkeit geben günstig zu Energie zu kommen in den nächsten Jahren, wo es möglich ist, dass wir das können.

Es geht bei der Welser Heimstätte relativ einfach, weil dort haben wir immerhin größtmöglichen Einfluss. Ich glaube auch, dass wir bei der eww ag einen großen Einfluss haben, um diese Dinge sehr schnell vorantreiben zu können, um den Menschen wirklich nachhaltig helfen zu können. Da sind wir als Politik gefordert. Natürlich müssen wir momentan auch helfen, um den momentanen Schmerz abzufedern. Aber wir brauchen auch eine Behandlung des Patienten, welche dauerhaft helfen kann. Es verbietet uns hier keiner wirklich anständig darüber nachzudenken. Mir ist es völlig egal wer es erfunden hat. Es geht darum, dass wir den Menschen in Wels helfen müssen, und zwar allen, die es notwendig haben.

Sie haben es richtig erkannt – mittlerweile ist auch der Mittelstand mehr als betroffen. Nur mit den paar hundert Euro werden wir das Überleben des Mittelstandes auch nicht garantieren. Es geht daher darum über nachhaltige Programme nachzudenken. Man kann sich als Stadtregierung überlegen und sagen, die zweitstärkste Fraktion schließt man aus diesen Überlegungen aus. Wir denken alleine nach – auch kein Problem für uns. Dann denkt halt gescheit nach und hilft den Menschen in Wels. Wir gehen sowieso mit, nur gescheit ist es halt nicht, weil man sich selbst Ressourcen wegnimmt. Keine Firma der Welt würde das so machen, dass sie Teile ihrer eigenen Führungsriege nicht einbezieht in Entscheidungsfindungen, weil sie dadurch Ideen sich nimmt. Der Kreativität ist momentan keine Grenze gesetzt, um die Welser zu entlasten. Es ist völlig egal woher die Menschen kommen. Wir bekommen für jeden Welser Bürger Bundesertragsanteile und darum ist es gescheit, dass jeder Anspruch auf eine gewisse Art von Förderung am Ende des Tages haben soll, um über diese schwierige Zeit hinwegzukommen.

StR. Schäfer, BSc MSc: 2,3 Mio. Euro – das hörten wir zurecht bereits öfters. Kollege Mag. Drack sagte bereits, das ist tatsächlich eine beachtliche Summe. Lieber Karl Schönberger, ich bin bei dir, das ist sicherlich nicht die Prothese, mit der wir das Bein wieder heilen werden, sondern es ist tatsächlich die Kopfwehtablette.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir als Stadt sind bei solchen Sachen aus unserer Sicht für die Kopfwehtabletten zuständig und nicht für die Prothesen. Denn für die Prothesen und für die großen Würfe ist immer noch die Bundesregierung zuständig. Wir warten vergebens auf die Hilfe beim Gaspreis. Ganz im Gegenteil, die Bundesregierung setzt noch eines drauf und zieht die CO²-Bepreisung mit voller Härte durch. Weil es ihr bewusst war, das ist möglicherweise der verlässliche Partner im Bund – ist halt so.

Aber lieber Karl Schönberger, ich bin auch bei dir, die großen Dinge müssen auch wir als Stadt Wels anpacken. Das machen wir auch in Form unserer Tochtergesellschaft – der eww ag – der Fernwärmeausbau ist ein großes Thema und wird die nächsten Jahre auch mit erheblichen Millionenbeträgen forciert, sodass wir am Ende des Tages auch alle Welser Haushalte mit nachhaltiger, mit günstiger und vor allem mit leistbarer Energie versorgen können. In diesem Sinne, meine sehr geehrten Damen und Herren, 2,3 Mio. Euro Entlastungspaket. Das ist tatsächlich für eine Stadt unserer Größenordnung ein großer Wurf und deshalb freuen wir uns auf große Zustimmung hier im Saal.

GR. Weidinger: Es war eine sehr interessante Diskussion, mir scheint als ob die SPÖ hier wie ein trotziges Kind reagiert. Die Vorgeschichte zwischen FPÖ und SPÖ weiß ich nicht. Wenn interne Dinge aus gewissen Ausschüssen nach außen getragen und dann selbst Anträge formuliert werden, dann stellt sich die Frage; ob ich im Ausschuss als Referent

noch etwas erzähle oder behalte ich mir das in der Rückhand, mache vielleicht mit einem anderen Politiker einen Deal und präsentiere das in einem gemeinsamen Antrag.

Ich glaube ähnlich wird es hier gelaufen sein. Es hieß mit der SPÖ kann man ja gar nichts mehr machen, denn alles, was präsentiert wird, präsentiert die SPÖ in einem eigenen Antrag, der dann am nächsten Tag präsentiert wird. Jetzt hat sich vielleicht die FPÖ entschlossen hier einen anderen Weg zu gehen und war der Meinung das mit der ÖVP zu machen. Wir gingen den Weg mit, weil wir glauben, dass das Paket nicht ein Allheilmittel ist, auch nicht die Lösung für alles, sondern es soll vielleicht auch nur kleine Herde löschen. Mir ist völlig bewusst, dass € 100,-- für eine alleinstehende Person nicht wirklich viel sind. Es ist vielleicht ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.

Als Beispiel darf ich meine Mutter anführen, sie ist 80 Jahre alt, alleinstehend, Mindestpension, sie hat keine kleinen Kinder mehr im Kindergarten, sie hat auch keine Hilfe nötig, d.h. ihr bleiben diese € 100,-- über. Ich sprach mit ihr darüber, sie ist sehr glücklich, dass es hier zumindest einen Gutschein gibt. Also für jeden mit einem Einkommen bis € 2.600,-- ist etwas möglich.

Mich freut es, dass sich Dr. Martin Oberndorfer für die ÖVP hier einsetzte, diesen Schritt mitging, gut für die Wirtschaft verhandelte. Deswegen glauben wir, dass es vielleicht nicht einmal der letzte Schritt in diese Richtung ist. Es hieß zuerst, was ist, wenn das Geld zu wenig wird? Dann müssen wir uns wahrscheinlich nochmals hinsetzen und vielleicht eine Lösung finden etwas nachzubessern.

Weil es zwei Abänderungsanträge gibt, einen von der FPÖ und einen von den GRÜNEN, möchten wir den Schritt wagen auch den o.a. Abänderungsantrag einzubringen. Wir würden auf die GRÜNEN zugehen und die Drittstaatsangehörige auf 5 Jahre senken und im Gegenzug der FPÖ zustimmen, die hier fordert, die EU-Bürger, Österreicher und EWR-Bürger auf 1 Jahr herunterzusetzen.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

StR. Rammerstorfer: Kollege Weidinger griff gerade auf, um was es uns eigentlich bei diesem Antrag geht. Uns geht es nicht um die Befindlichkeiten über das Zustandekommen.

Wir haben über 11.000 Menschen in Wels, die Drittstaatsangehörige sind und keine EU- und EWR-Bürger. Auch diese wollen wir unterstützen, das ist das Anliegen der GRÜNE-Fraktion. Das möchte ich einfach mal manifestieren. Sie haben unsere Unterstützung verdient, sie leben und arbeiten in Wels, sie zahlen Steuern in Wels. Warum sollte man sie nicht unterstützen? Hier möchte ich um Zustimmung für unseren Abänderungsantrag werben. Die ÖVP-Fraktion brachte einen anderen Antrag an – vielleicht können wir das noch diskutieren.

GR. Reindl-Schwaighofer, MBA: Darauf verweisen möchte ich, dass wir im Februar d.J. einen Antrag einbrachten, in dem es darum ging, dass wir sagten es wird ziemlich schwierig werden für die Welser, für die Familien in Österreich, eigentlich auch für die Familien in Europa die nächsten Monate mit ihrem Verdienst auszukommen, weil nämlich zu diesem Zeitpunkt die Inflation 5,2 % betrug. Kurz darauf war der Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine. Das hat natürlich im Bereich der Energiekosten noch einiges ausgelöst. Aber wir wissen alle miteinander, dass nicht alleine die Energiekosten die Treiber sind.

Wenn wir uns heute die Problemfelder ansehen, wenn es um die Teuerung geht, gibt es für mich drei große Gruppen. Das eine ist die Energie – die Energie zum Heizen aber auch die Energie, die die Menschen in ihre Autos tanken, um in die Arbeit fahren zu können. Das sind die Mieten und die Gebühren und ein ganz wichtiger Bereich, der auch exorbitant gestiegen ist, sind die Lebensmittelkosten.

Der Fraktionsobmann der FPÖ sagte in einer der letzten Sitzungen, wer schnell hilft, der hilft doppelt. Das trifft hier bitte nicht zu! Das ist kein schnelles Helfen, das ist ein Hinterherstolpern, um doch noch etwas zu tun. Es wurde schon darauf hingewiesen – alleine wie das Prozedere dieses Antrags war, dass wir im Ausschuss sitzen und dort angekündigt wird, wann genau der nächste Ausschuss ist, war schon klar, dass hier etwas in Vorbereitung war. Es war allen klar, dass das so kommen wird. Das deutet darauf hin, dass es eine reine Husch-Pfusch-Aktion war. Genauso schaut auch der Antrag aus.

Wir sehen natürlich, dass wenigstens jetzt etwas gemacht wird. Wir machen dann den nächsten Schritt. Aber was wäre gewesen, wenn der gesamte Gemeinderat das beraten hätte? Es geht darum, wenn viele Menschen einen Beitrag leisten, dann werden auch nicht Gruppen übersehen oder notwendige Dinge nicht gemacht.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir sprachen heute schon über die Müllgebühren. Diese werden weiterhin erhöht. Angesprochen wurde bereits die Strompreiserhöhung – 224 % Strompreiserhöhung, obwohl nicht lange vorher der Aufsichtsratsvorsitzende der eww ag ankündigte, dass es in Wels keine Strompreiserhöhungen geben wird.

Wir haben in Wels die Situation – das ist auch in vielen anderen Städten so –, dass sich Kunden entscheiden können, ob sie einen ÖKO-Strompreis bereit sind zu zahlen. Schauen wir uns das an, haben jetzt über Jahre Menschen einen höheren ÖKO-Strompreis bezahlt und werden jetzt dafür belohnt, dass die Strompreise auch für diese Kunden um 224 % erhöht werden. Wir wissen aber, dass die eww ag einen großen Teil aus Wasserkraft produziert, grünen Strom produziert mit Windkraft- und Photovoltaikanlagen. Ich bekam nicht mit, dass von Seiten des Aufsichtsratsvorsitzenden irgendetwas gesagt wurde, dass diese Strompreiserhöhung so einfach über alle drübergefahren korrekt ist.

Vielleicht kann sich der Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Rabl das einmal anschauen. Es gibt auch noch eine zweite Möglichkeit. Die Stadt Wels profitiert von diesen hohen Energiepreisen direkt. Die Stadt Wels kassiert 3 % Gebrauchsabgabe vom Energieträger. Diese 3 % werden anteilig an der Gesamtsumme an die Stadt bezahlt. Nur um darzustellen, dass das gute Wirtschaften der letzten Jahre dazu führte, dass wir uns diese 2,3 Mio. Euro leisten können. Ja, es war ein Teil davon. Das Zweite ist aber, wir greifen dem Stromkunden in die Tasche, holen Geld heraus und geben es ihnen über das Paket wieder zurück. Da wäre z.B. ein Eingriff auf den Strompreis, ein Eingriff auf den Gaspreis möglich gewesen.

Zum Thema Wels Card: Zuerst sprach ich an, es geht darum, dass Menschen Lebensmittel einkaufen müssen. Wer ein bisschen die Medien verfolgt wird auch gesehen haben, dass sich das Einkaufsverhalten der Menschen verändert hat. D.h. es muss wirklich in vielen Familien auch schon beim Essen gespart werden. Ich weiß nicht, ob es gescheit ist, dass wir als Stadt Wels das Geld, das wir den Menschen zur Verfügung geben, nur über die

Wels Card verfügbar machen. Es ist eine Einengung auf bestimmte Geschäfte und ich gebe jetzt zu ich weiß nicht genau welche ...

Zwischenruf Bgm. Dr. Rabl: Es sind auch Lebensmittelgeschäfte dabei.

GR. Reindl-Schwaighofer, MBA: Das wird schon so sein. Aber die Frage ist, ob die Diskonter, die gerade überlaufen werden, alle dabei sind. Um das geht es in diesem Zusammenhang. Menschen mit weniger Einkommen gehen zum Diskonter einkaufen und nicht zum Markenartikler oder was sonst immer. Das ist leider ein Verhalten, das notwendig ist, weil sich sonst die Menschen entscheiden müssen, ob sie heizen oder essen. Das wollen wir alle miteinander nicht.

Wir werden dieses Paket natürlich mitbeschließen, weil wir der Meinung sind es ist gut zu helfen. Ich bin aber auch überzeugt, hätte man alle eingebunden, dann wäre dieses Paket treffsicherer gewesen, hätte viel stärker die Zielgruppen erreicht. Gerade im Bereich der Jungfamilien, wo es um die Frage der Kinderbetreuung geht, wo es ja immer auch darum geht, ob Menschen sich die Kinderbetreuung leisten, ob sie arbeiten gehen können, ob die Kinder versorgt sind, wäre es gescheit zu sagen bis zum Ende des Schuljahres, bis zum Ende des Kindergartenjahres wird die Kindergarten- und Hortgebühr und GTS-Gebühr erlassen. Nein – 2 Monate! Dabei behaupte ich, dass die Gruppe der Familien mit Kindern, die in die Betreuungseinrichtungen gehen, ganz genau im Korridor unseres Zieles sind.

GR. Spindler: Grundsätzlich wurde schon sehr viel gesagt. Die letzte Wortmeldung war etwas abenteuerlich. Es hat den Anschein als wäre die SPÖ wie ein trotziges Kind, ist beleidigt und kritisiert alles, was die Stadtregierung oder die FPÖ und ÖVP hier beschließen.

Zum Strompreis lieber Herr Kollege: Nicht nur in Wels steigt der Strompreis – das wissen sie schon. Wenn sie Zeitung lesen oder sich informieren würden, dann wüssten sie das. Was hier von der Sozialreferentin ausgearbeitet wurde, ist wirklich einmalig und wir können stolz darauf sein.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Danke für die zahlreichen Wortmeldungen. Ich lasse mir trotzdem dieses Paket von niemanden schlechtreden. Es ist ein gutes und treffsicheres Paket. Es ist ganz lustig, wenn man so hört, auf der einen Seite Husch-Pfusch, auf der anderen Seite ach wann kommt es denn endlich, im Oktober angekündigt, jetzt auf einmal erst im November, also man weiß auch nicht so ganz ist es Husch-Pfusch oder nicht. Es ist sicherlich kein Husch-Pfusch-Paket, sondern es ist ein sehr rundes Paket, das wirklich sehr viele Welser trifft.

Ich weiß es, es tut der SPÖ weh nicht mehr für den Sozialbereich zuständig zu sein. Es tut mir leid, aber die Zuständigkeit liegt derzeit bei der FPÖ und so auch bei mir. Es ist natürlich bei den Elternbeiträgen so, dass die Tarifordnung eine Erlassung nicht zulässt. D.h. hier ist es ein Zuschuss, den ich gewähren muss und das fällt natürlich wieder in den Sozialbereich.

Natürlich kann man immer diskutieren es ist zu wenig, aber dieses Paket ist sicher ein großes Paket, das viele Welser trifft. Eines muss man schon dazu sagen, wie man bei dem letzten Initiativantrag sieht – das hat Kollege Weidinger erkannt – haben wir heute einen

Initiativantrag, der gemacht wurde nachdem ich einen Bericht über ein Projekt im Ausschuss getätigt habe, nämlich Anfang November. Und somit sucht man sich natürlich einen Partner, wo ich nicht am nächsten Tag in der Zeitung die Forderung lese, das oder das gehört zu tun. Wir werden das heute natürlich nochmals diskutieren bei der Pflegeoffensive.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Anspruchsberechtigung war natürlich ein großes Thema. Man ging zuerst davon aus, man nimmt die Anspruchsberechtigten des Weihnatskostenzuschusses. Dieser ist 1994 beschlossen worden und das von einer wirklichen Sozialdemokratin unserer Stadt, Frau Vzbgm. Adele Podlaha. Ich denke nicht, dass man jetzt hier irgendwie sagen kann, es wurde nicht an alle Anspruchsberechtigten gedacht. Wir haben es erweitert um ein Jahr für Österreicher, EU- und EWR-Bürger. Natürlich werden wir dem von uns eingebrachten Abänderungsantrag zustimmen. Und wir haben die Drittstaatsangehörigen mit 10 Jahren hinzugenommen.

Was jeder vergisst, ist bitte auch der Energiekostenzuschuss, den es in diesem Jahr schon außerordentlich von der Stadt Wels gegeben hat und wir jetzt sagten, wir möchten nicht nur die Anspruchsberechtigten des Weihnatskostenzuschusses, sondern auch die Mittelschicht erreichen. Daher setzten wir die Obergrenzen noch oben. Herzlichen Dank für die Rückmeldungen. Bitte um Beschlussfassung.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Der Abänderungsantrag (wie auf Seite 18 angeführt) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion, wird mit

gegen 14 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion NEOS)
20 Nein-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion, MFG)

abgelehnt.

Der Abänderungsantrag (wie auf Seite 18 angeführt) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, wird mit

gegen 30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS, MFG)
4 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Der Abänderungsantrag (wie auf Seite 18 angeführt) der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, wird mit

gegen 13 Ja-Stimmen (SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS)
und 20 Nein-Stimmen (FPÖ- + GRÜNE-Fraktion ohne GR. Mag. Teufel, MFG)
1 Stimmenthaltung (GR. Mag. Teufel)

abgelehnt.

Der Antrag zu Punkt 14. der Tagesordnung wird mit

gegen 29 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, MFG)
und 1 Nein-Stimme (NEOS)
4 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt der Referentin für das sehr umfassende Projekt, das nur durch die Mitarbeit aller Mitwirkenden zustande gekommen ist und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Stadtrat Ralph Schäfer, BSc MSc

15.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015 (Änderung Nr. 88) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (Änderung Nr. 44)
BauR-269-05-8-2021

Der Antrag (Anlage 16) lautet nach Vorberatung im Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss am 28.11.2022, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (88. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (44. Änderung) beschließen.

Der Antrag zu Punkt 15. der Tagesordnung wird mit

gegen 27 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- + SPÖ-Fraktion, NEOS, MFG)
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl, GR. Spindler, GR. Huber, MPA und GR. Mag. Drack sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

16.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend den straßenrechtlichen Ordnungsplan Nr. 640
Gewerbegebiet Schafwiesen
BauR-269-08-1-2021

Der Antrag (Anlage 17) lautet nach Vorberatung im Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss am 28.11.2022, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend die Erklärung der im straßenrechtlichen Verordnungsplan Nr. 640 Gewerbegebiet Schafwiesen neu ausgewiesenen Verkehrsfläche zur Gemeindestraße sowie die Auflassung einer öffentlichen Verkehrsfläche beschließen.

GR. Mag. Teubl: Der vorliegende straßenrechtliche Verordnungsplan sieht eine Verbreiterung und Verlagerung einer bestehenden Straße in der Schafwiesen vor. Ich weiß nicht, inwieweit die Kollegen des Gemeinderates sich den Plan angesehen haben. Wir von den GRÜNEN sahen uns das auch vor Ort an und sprachen mit den Anrainern. Aufgrund dieses Befundes können wir diesem Antrag sicherlich nicht zustimmen.

Wenn sie sich den Amtsbericht durchgelesen haben, dann werden sie auch festgestellt haben, dass es immerhin satte 34 Einwendungen gab und das nicht nur von Anrainern sondern auch von der OÖ. Umwelthanwaltschaft und dass diese Einwendungen insgesamt 17 verschiedene Einwendungspunkte zum Ausdruck gebracht haben. D.h. es handelt sich hier um ein sehr umstrittenes Projekt. Sieht man sich an was wirklich geplant ist, dann kann man nur sagen es wird nicht mehr oder weniger hier gebaut werden wie ein LKW-Highway mitten durch das Grünland, der diesen doch sehr wertvollen Grünbereich am Rande unserer Stadt mehr oder weniger zerstört und für die Lebensqualität der Anrainer äußerst negative Auswirkungen hat.

Wir ersuchen daher alle hier im Saal befindlichen Gemeinderäte sich das nochmals zu Gemüte zu führen und vielleicht eine andere Lösung zu finden. Es ist diese Straße eine Abkürzung ins Industriegebiet und wird wahrscheinlich sehr stark angenommen werden, d.h. es werden also Massen von Lastkraftwagen durch den Korridor hindurchdonnern. Das sollten wir eigentlich vermeiden, deshalb von unserer Seite jedenfalls keine Zustimmung zu diesem Antrag.

StR. Schäfer, BSc MSc: Ich darf kurz berichtigen: Wir werden nach Beschlussfassung dieser straßenrechtlichen Verordnung keine Bagger aufrollen lassen, die sofort die Straße errichten werden. Bedenkt man, dass der alte straßenrechtliche Verordnungsplan, den wir hiermit auflösen, aus den 90er-Jahren ist, dann kann man schon von einer Langfristigkeit eines solchen Projektes sprechen. Konkret geht es darum, es wird eine Straße verordnet. Diese wird an den tatsächlichen und jetzt sinnvollen Gegebenheiten angepasst. Wie die Straße in weiterer Folge entstehen wird, wird die Entwicklung in der Pernau zeigen bzw. ist stark davon abhängig was und in welcher Form in weiterer Folge gebaut wird in diesem Bereich.

Die Einwendungen wurden allesamt behandelt, deswegen spricht aus unserer Sicht nichts gegen eine Beschlussfassung des Gemeinderates.

Der Antrag zu Punkt 16. der Tagesordnung wird mit

gegen 25 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS, MFG)
4 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl, Vzbgm. Mag. Schininger, GR. Kittenbaumer, GR. Huber, MPA und GR. Scheinecker, BA sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Stefan Ganzert

17.)

Umweltticket für WelserInnen
Vereinbarung mit der Wels Linien GmbH
BauD-VP-DZ-68-2013 miterledigt:
VP-311-03-1-2019

Der Antrag (Anlage 18) lautet nach Vorberatung im Mobilitätsausschuss am 24.11.2022:

Beiliegende Vereinbarung „Umweltticket für WelserInnen (Beilage 1) zwischen der Stadt Wels, Stadtplatz 1, und der WELS Linien GmbH, Wels, Stelzhamerstraße 27, wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Johann Reindl-Schwaighofer, MBA

18.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Ausbildungsoffensive für Pflegeberufe
Verf-015-I-37-2022

GR. Reindl-Schwaighofer, MBA: Vorliegender Initiativantrag der SPÖ-Fraktion beschäftigt sich mit einem schon seit Monaten bestehenden Thema – nämlich: Haben wir für unsere Einrichtungen ausreichend Personal? In diesem Fall für unsere Pflegeeinrichtungen. Sie kennen ja die Anfrage-Beantwortung von Frau Vzbgm. Raggl-Mühlberger, wo es darum ging welche Personalfehlstände wir haben, wie viele Betten freistehen, welche Häuser gesperrt sind usw.

Am 3.11.2022 fand der Sozialausschuss statt, in dem Kollegin Stöger Müller und ich mit diversen Fragen Frau Vizebürgermeister konfrontiert haben. U.a. fragte ich sie wie es mit einer Ausbildungsoffensive aussieht, dass die Stadt Wels - wie vor Jahren unter der

Sozialreferentin Huber - Ausbildungsplätze anbietet, um für das neue Pflegeheim in der Noitzmühle ausreichend Personal zu haben. Bereits damals war es nicht mehr einfach ein neues Haus aufzusperren und dafür Personal zu finden. In diesem Ausschuss diskutierten wir darüber und wir erhielten die Information, dass bereits Kontakt mit verschiedenen Ausbildungseinrichtungen aufgenommen wurde. Soweit – so gut!

Mittlerweile wurde mir klar, dass man mit einer 0815-Personalpolitik kein Personal bekommen wird. Es besteht die Situation, dass die Stadt Wels gerade im Pflegebereich derzeit von arbeitssuchenden Menschen sehr vorsichtig als Dienstgeber in Betracht gezogen wird. Das hat ein bisschen was damit zu tun, dass laut Gangfunk und Latrinengerüchten aus den Häusern das Personal mittlerweile nur mehr zum Kostenfaktor wurde, dass die Leute den Magistrat als Dienstgeber speziell in den Pflegeheimen in Scharen verlassen und kündigen. Auch wenn die Anfragebeantwortung von 17 Personen sprach, wird mittlerweile unterm Personal gemunkelt, dass es eigentlich zwischen 40 und 50 Personen waren, die im heurigen Jahr aus diesem Bereich kündigten und sich einen anderen Job suchten.

Genau da setzt dieser Antrag an. Im Großraum Oberösterreich sind ausreichend Ausbildungsplätze vorhanden. Wir wissen, dass wir im Pflegebereich in Richtung Pflegenotstand gehen, wenn es darum geht, dass wir Häuser mit ausreichender Personalkapazität betreiben müssen – es gibt eine gesetzliche Vorgabe. Sieht man sich die Zielgruppe der Menschen an, die in diesem Bereich eine Ausbildung machen, so sind es vor allem im Bereich der Altenarbeit und Behindertenarbeit sehr viele Quereinsteiger und Wiedereinsteiger, also sehr oft Frauen - Männer sind leider in diesem Beruf Mangelware -, die im zweiten Bildungsweg eine Ausbildung absolvieren.

Was ist das Spezifikum von Frauen, die in diesem Alter eine Ausbildung absolvieren? Sie brauchen in der Regel Kinderbetreuungsplätze. In einer Studie las ich, sehr viele Personen werden in diesem Bereich abgehalten eine Ausbildung zu machen, weil sie ihre Kinderbetreuung nicht organisieren können. Nicht alle haben Opa und Oma, ein Auffangnetz wo das möglich ist. Gerade die Erwachsenenbildung macht es oft notwendig, dass Ausbildungsblöcke am Wochenende stattfinden, dass Praktikumsblöcke in den Häusern stattfinden, wo die Ausbildungsstammhäuser sind. Darum geht es uns bei diesem Antrag. Ausbildungsplätze gibt es viele. Was es nicht gibt, sind die Menschen, die diese Ausbildung machen. Wir brauchen ein intelligentes System, um diese Menschen ansprechen zu können. Im Antrag steht, dass es z.B. ein Angebot von Kinderbetreuungsplätzen geben sollte. Ich könnte mir auch vorstellen, wenn wir keinen Pflegenotstand haben wollen, dass wir als Stadt ein Stipendium ausloben. Menschen, die bereit sind diese Ausbildung zu machen und in den Welser Einrichtungen arbeiten, bekommen einen Zuschuss zur Ausbildung neben dem was sie sonst bekommen. Es gibt oft Männer, die das gerne machen würden, die aber aus einem anderen verweisbaren Beruf kommen. Diese haben keine Chance, dass das AMS oder ein anderer Kostenträger die Kosten übernimmt. Wenn wir solche Personen ansprechen und ihnen die Möglichkeit geben diese Ausbildung zu absolvieren, dazwischen Praktikumsblöcke anbieten, dann wäre das gut investiertes Geld. Wir sollten gemeinsam ein Welser System des Personalaufschließens entwickeln und so uns vor einem Pflegenotstand bewahren.

In den Zeitungen habe ich nachgeschlagen: Die FPÖ oder die Frau Vizebürgermeister warnten davor wir sollen die Menschen nicht verunsichern. Was die Menschen verunsichert ist, wenn sie alt werden, wenn sie pflegebedürftig sind und wenn sie auf einer

Warteliste landen, wenn sie im Krankenhaus sind, nach Hause müssen, ein Übergangsbett brauchen und dieses es nicht mehr gibt, denn sie werden nach Steyr verwiesen. Das verunsichert die Menschen! Die Menschen verunsichert nicht eine qualifizierte Diskussion über die Möglichkeiten und Notwendigkeiten in diesem Bereich.

Sehr geehrte Damen und Herren, man kann diesen Antrag natürlich wieder zuweisen, so wie es immer gemacht wird. Es wird nur damit das Problem nicht gelöst. Ich ersuche sie mit uns gemeinsam diesen Antrag zu beschließen und gemeinsam abzuarbeiten.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Man kann natürlich Äpfel und Birnen vergleichen, das Thema Verunsicherung betraf den Generationentreff.

Thema Pflegeoffensive: Am 3.11.2022 berichtete ich im Ausschuss, dass ich derzeit die Kosten einhole und wir Überlegungen anstellen als Stadt Wels Pflegekräfte selbst auszubilden. Am 29.11.2022 berichtete ich bereits darüber, dass ich am 20.12.2022 einen Termin mit dem BFI habe und ein Gespräch führte mit der Diakonie betreffend Kooperation, ob wir gemeinsam hier etwas machen wollen. Eines muss man dazusagen: Die Klassen im BFI sind nicht voll.

Es verwundert mich natürlich dann nicht, dass ich heute einen Initiativantrag habe. Jedoch muss ich trotzdem irgendwann einmal sagen, in Zukunft werden die Berichte der Referentin etwas kürzer, es wird sich hauptsächlich um Termine handeln.

Wenn man solche Zahlen von Kündigungen ausspricht, sollte man auf besser nachvollziehbare Fakten hören und nicht auf den Gangfunk. Für mich ist natürlich jetzt eines klar: Wir sollten darüber miteinander reden und diskutieren. Dieses Mal haben es wir aus der Zeitung erfahren. Also ich denke wir wissen alle, wie wir Politik machen.

Dadurch, dass wir ein Konzept erarbeiten, stelle ich hiermit den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem zuständigen Ausschuss zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von Vzbgm. Raggl-Mühlberger auf Zuweisung dieses Initiativantrages (Anlage 19) in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

gegen 25 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion, NEOS, MFG)
9 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

GR. Hufnagl, MBA verlässt die Sitzung des Gemeinderates um 17.36 Uhr.

19.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Schaffung eines Reparaturbonus
Verf-015-I-36-2022

GR. Kittenbaumer: Dieser TOP ist ein Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Schaffung eines Welser Reparaturbonus. Gleich zu Beginn meiner Wortmeldung möchte ich auf die Thematik einer möglichen Doppelförderung eingehen. Das kann ich verneinen. Ich informierte mich beim Bundesministerium für Klimaschutz telefonisch. Mir wurde die Auskunft erteilt, wenn das höchste Beschlussgremium der Stadt Wels, also der Gemeinderat, für diesen Antrag ist eine zusätzliche Subvention zu gewähren, dann geht das natürlich in Ordnung. Es ist keine Doppelförderung.

Bgm. Dr. Rabl: Das steht aber anders auf der Homepage. Wer hat ihnen diese Auskunft gegeben?

GR. Kittenbaumer: Den Namen kann ich ihnen nicht nennen, ich weiß ihn nicht. Zu Beginn möchte ich die Erklärung geben, was dieser Reparaturbonus des Landes OÖ überhaupt ist, damit mein Antrag ein bisschen besser verstanden wird. Das Klimaschutzministerium des Landes OÖ fördert die Reparatur von elektronischen und elektrischen Geräten für private Personen mittels Reparaturbonus wieder seit 26. April 2022. Die Aktion gab es bereits ab September 2018 und lief bis Ende des Jahres 2019. Es wurden 10.960 Geräte repariert bzw. unterstützend gefördert. Im Jahr 2020 gab es eine Evaluierungsphase. Ab dem Jahr 2021 fand diese Aktion wieder statt, 21.366 Anträge wurden gestellt und über 90 % positiv bewilligt.

Mit diesem Reparaturbonus des Landes OÖ können bis zu 50 % der Reparaturkosten gespart werden, die Förderungshöhe beträgt pro Bon 50 % der förderungsfähigen Bruttokosten, maximal jedoch € 200,--. Mit € 30,-- werden die Kostenvoranschläge unterstützt.

Mit dieser Aktion wurden bis jetzt CO²-Einsparungen gemacht von 817 to, was sehr erstaunlich und positiv zu erwähnen ist. Derzeit beteiligen sich in Wels 25 Firmen an dieser Aktion – Datenstand Ende November 2022. Natürlich freuen wir uns über jeden weiteren Zuwachs, über jede Firma, die sich in Wels noch dazu entschließen möchte, dieser Aktion beizuwohnen. Bisher wurde in Wels der Reparaturbonus 1.100mal in Anspruch genommen – diese Info bekam ich von der Sektion V - Bundesministerium für Klimaschutz.

Unser Antrag lautet wie folgt: Zusätzlich zu diesem Reparaturbonus des Landes OÖ sollen alle Welser, die ihre defekten elektrischen und elektronischen Geräte reparieren lassen, einen Bonus der Stadt Wels in Form eines Gutscheins der Wels Card über maximal € 50,-- erhalten. Die Höhe des Gutscheines richtet sich 50 % nach dem gewährten Reparaturbonus des Landes OÖ, wobei zur einfacheren Abwicklung immer auf die nächsten € 5,-- aufgerundet werden soll.

Als kleines Beispiel ist zu erwähnen, wenn man sein Handy reparieren lässt und die Reparatur kostet z.B. € 160,--, man bekommt eben € 80,-- vom Land OÖ und von diesen € 80,-- werden von der Stadt Wels noch einmal € 40,-- in Form der Wels-Card Reparaturbonus gewährt.

Hiefür wäre es wünschenswert, wenn ein Fördertopf für den Zeitraum der Aktion in Höhe von € 50.000,-- eingerichtet wird. Die Förderung ist gekoppelt an den Aktionszeitraum des Landes OÖ. Wie gesagt, die erste Aktion geht bis 31.12.2023 und allgemein maximal bis 31.12.2026, sofern natürlich der Fördertopf nicht schon vorher ausgeschöpft ist. Um eventuellem Missbrauch vorzubeugen, sagten wir als Nachweis soll die Rechnung eines an dieser Aktion teilnehmenden Welser Unternehmens dienen und natürlich auch der Meldezettel. Z. B. könnte die Abwicklung über die Wels Marketing und Touristik GmbH erfolgen, die die Wels-Card ja betreut.

Diese Förderung der Stadt Wels soll einen zusätzlichen Anreiz bieten für unsere Bevölkerung die reparaturbedürftigen Elektrogeräte im Wirtschaftsstandort Wels reparieren zu lassen. Weiters profitieren mit dieser Förderung auch die Welser Wirtschaftstreibenden, da die Gutscheine in Form einer Wels-Card ausbezahlt werden und wieder in den Wirtschaftsstandort Wels fließen. Das wurde heute von StR. Dr. Oberndorfer schon positiv erwähnt.

Die Reparaturaufträge in Wels können somit ebenfalls mit dieser Maßnahme steigen, was wiederum positiv für die Wirtschaftstreibenden ist. Die Maßnahme unterstützt ebenfalls eine nachhaltige Haushaltsführung ganz im Sinne weg von einer Wegwerfgesellschaft hin zu einem umweltbewussteren Denken. Von dieser zusätzlichen Förderung würden somit einerseits die Bürger, die Umwelt und natürlich auch die Welser Unternehmen profitieren. Eine klassische Win-Win-Situation.

Aufgrund der massiven Teuerung des täglichen Lebens, wie Lebensmittel, Strom, Gas, Heizung usw., sehen wir es als unsere politische Pflicht hier unseren Bürgern der Stadt Wels eine zusätzliche finanzielle Entlastung zukommen zu lassen und daher lautet unser Antrag wie folgt:

Der Bürgermeister und Finanzreferent wird aufgefordert einen Reparaturbonus für Welser und Welserinnen zu schaffen und die entsprechenden finanziellen Mittel hiefür zur Verfügung zu stellen. Ich ersuche um Diskussion und Beschlussfassung.

GR. Vogl: Es wurde über die Landesförderung, über das Klimaschutzministerium gesprochen. Sieht man auf der Homepage des Landes OÖ nach, steht folgender Satz:

„Das Klimaschutzministerium hat die erfolgreiche oberösterreichische Förderaktion nun für den Bund übernommen und löst damit die Landesförderung ab.“ Die Landesförderung – so wie im Amtsbericht angeführt – gibt es nicht mehr. Jetzt geht es um die Bundesförderung. Auch mich wurde der Name der Auskunftsperson des Ministeriums interessieren, dass eine Doppelförderung möglich ist.

Online findet man ganz einfach ein Infoblatt über den Reparaturbonus. Der aktuelle Stand ist vom Oktober 2022, im vorletzten Absatz steht bezüglich des Ausschlusses von Doppelförderungen: „Das bedeutet, dass eine beim Reparaturbonus eingereichte Rechnung nicht nochmals bei einer weiteren Förderaktion vorgelegt werden darf.“

Wir reden jetzt von einer Landesförderung, die es in dieser Form nicht mehr gibt, weil es jetzt eine Bundesförderung ist und scheinbar sagte irgendwer aus dem Klimaschutzministerium es geht doch, obwohl es öffentlich mehrfach steht, dass es nicht möglich ist. So kann man meiner Meinung nach einen Antrag nicht einbringen und vor allem nicht zustimmen.

StR. Rammerstorfer: Danke für das Thema. Es gibt durchaus eine sehr gute Fördersituation für Reparaturen momentan, nicht nur diese Bundesförderung sondern vom Land OÖ eine Recycling- und Wiederverwendungsinitiative, wo Vereine oder Gemeinden, die in diesem Bereich tätig werden, mit bis zu € 12.000,-- unterstützt werden. Diese Förderung ist neu und gibt es seit Oktober d.J. D.h. wir haben im Grunde eine sehr gute Fördersituation von der Bundes- und von der Landesregierung.

Was wir als Stadt Wels machen können bzw. wo wir durchaus Nachholbedarf haben ist die Öffentlichkeitsarbeit, damit wir auch die in diesem Bereich tätigen Welser Firmen ansprechen. Dementsprechend bin ich mit Wirtschaftsstadtrat Dr. Oberndorfer in Kontakt, damit wir initiativer werden, dass wir einfach diese Fördermöglichkeiten publikler machen. Ich glaube die Förderungsmöglichkeiten sind ausreichend. Es gibt verschiedene Dinge, die Kollege Vogl bereits andeutete, die einer Mehrfachförderung widersprechen. Was wir machen können, ist tatsächlich mehr Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema, mehr Zusammenarbeit mit den lokalen Wirtschaftstreibenden, die entsprechende Reparaturleistungen anbieten. In diese Richtung sollten wir uns bewegen.

GR. KR. Schönberger: Bei dem Antrag geht es ja nicht nur darum eine Doppelförderung zu generieren, sondern es geht darum weitere Welser Betriebe dazu zu bringen sich an einer derartigen Aktion zu beteiligen. Bei der jetzigen Landes- oder Bundesaktion gibt es sehr viele Betriebe, die sagen, das tue ich mir administrativ einfach nicht an, weil es für mich als kleiner Betrieb viel zu aufwendig ist von der Gesamtabwicklung. Es geht darum, dass man für Welser Betriebe die Möglichkeit schafft die Geräte zu reparieren und mit zu partizipieren. D. h., wenn das ein Welser Betrieb ist, der Elektrogeräte herrichten kann und man die Rechnung dieses Betriebes vorlegt, dann kann man diese Förderung abholen. Da geht es um eine weitere Maßnahme, um weitere Betriebe hereinzuholen. Es gibt durchaus größere Betriebe, die sehr viel reparieren können. Ich kenne einen Firmenchef in der Neustadt, mit dem ich explizit über dieses Thema sprach. Dieser sagte ich tue mir das nicht an, das ist mir viel zu aufwendig, viel zu stressig. Aber ich glaube, man kann durchaus Dienstleistungsbetriebe fördern.

Es gab Förderaktionen für die Gastronomie, für den Handel, also man könnte hier auch für den Dienstleister in diesem Bereich etwas tun. Wir sollten diese Chance aufgreifen und die Möglichkeit schaffen Welser Betriebe dazu zu bringen sich bei einer derartigen Aktion, welches das Klima schont, die die vorhandenen Ressourcen nutzt und zudem auch Arbeitsplätze schafft positiv zu unterstützen. Wenn man diese € 50.000,-- hernimmt, dann ist das die Hälfte des Volumens, das wir heuer schon für den Handel und für die Gastronomie jeweils ausgeschüttet haben.

GR. DI. Haydinger: In Anbetracht dieser niedrigen Temperaturen hier herinnen, sollte der Haustechniker der Stadthalle einen Reparaturbonus beantragen und die Heizung in der Stadthalle reparieren lassen.

Zum Antrag der SPÖ-Fraktion fehlt mir ein wenig die Phantasie. Ich habe das Gefühl, die SPÖ war ja beim Schnüren des Entlastungspaketes nicht dabei und jetzt haben sie schnell mal ein eigenes Entlastungspaket schnüren wollen und da ist ihnen dieser Reparaturbonus eingefallen. So wie es Kollege Kittenbaumer schon ansprach, neu ist dieser Reparaturbonus nicht. Im Jahr 2018 hat das Land OÖ diesen Reparaturbonus ins Leben gerufen. Es war eine Erfolgsgeschichte sowohl 2019 als auch im Jahr 2021. Es wurden über 30.000 Geräte repariert und diese Erfolgsgeschichte wurde jetzt vom Klimaministerium übernommen und liegt jetzt nicht mehr beim Land OÖ.

Auch wenn sie sagen es ist keine Doppelförderung, so bin ich nach Recherchen der festen Überzeugung, dass es sehr wohl eine Doppelförderung ist und daher auch verboten wäre. Um auf dieses vorher vorgebrachte Rechenbeispiel zurückzukommen Kollege Kittenbaumer: Wenn sie ein Handy reparieren lassen um € 160,- und sie bekommen € 80,- vom Klimaministerium und € 40,- darüber hinaus von der Stadt Wels, dann ist das meines Erachtens schon etwas über das Ziel hinausgeschossen. Selbst dann, wenn es nicht unter das Verbot der Doppelförderung fallen würde.

Wir werden daher diesem Antrag nicht zustimmen. Aber damit dieser nicht ganz umsonst war, möchte ich die Gelegenheit nutzen eine Institution in Wels zu erwähnen, nämlich den Revitalshop beim ASZ Nord. Jeder, der Geräte hat, die er nicht mehr reparieren will, kann diese dort hinbringen. Die Fachkräfte überprüfen sie, bringen sie in Schuss und anschließend werden sie zu günstigen Preisen wieder auf den Markt gebracht. Damit leistet man sowohl einen sozialen als auch regionalen Beitrag und schont unsere Ressourcen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich die Mitarbeiter des ASZ loben – ich war in den letzten Wochen sehr oft dort und weiß, wie fleißig diese sind. Sie sind bei jedem Wetter im Einsatz, immer bestens gelaunt. Ein herzliches Dankeschön den Mitarbeitern des ASZ und des Revitalshops.

GR. Kittenbaumer: Vielen Dank für die zahlreichen Wortmeldungen. Es war nicht eine Husch-Pfusch-Aktion, ich bemühte mich sehr zu recherchieren. Es war ein Fehler mir den Namen des Ansprechpartners im Umweltministerium nicht zu merken. Das werde ich mir für einen eventuell nächsten Antrag merken. Ich ersuche trotzdem um Beschlussfassung.

Der Initiativantrag (Anlage 20) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 9 Ja-Stimmen (SPÖ-Fraktion)
24 Nein-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion, MFG)

abgelehnt.

GR. Hufnagl, MBA hat die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend
zinsloses Darlehen für Mietkaution
Verf-015-I-34-2022

GR. Faber: Bei diesem Antrag geht es um das zinslose Darlehen für Mietkautionen. Auch dieses Jahr werden sie mit diesem Thema konfrontiert und auch dieses Jahr ist es ein außerordentlich wichtiges Thema. Ein zinsloses Darlehen kann ein Menschenleben positiv beeinflussen. Dazu möchte ich ihnen ein Beispiel aus meiner Angestelltenzeit im Frauenhaus Linz schildern – eine kleine Geschichte, die allerdings real ist!

Es geht um Claudia. Der Name ist natürlich geändert. Sie war damals 53 Jahre alt, geschieden und hatte zwei erwachsene Kinder. Zu diesem Zeitpunkt hatte sie seit 4 Jahren einen Lebensgefährten, der selbstständig im Baugewerbe tätig war. Beide teilten sich eine Wohnung, die auf seinen Namen angemeldet war, beide haben die österreichische Staatsbürgerschaft. Claudia beschrieb ihren Lebensgefährten als besonders geselligen, trinkfreudigen und anziehenden Mann. Soweit so gut! In der Beziehung der beiden begann es zu kriseln. Mehrere Trennungsversuche von Seiten Claudias scheiterten und sie ging immer wieder zu ihm zurück. Zunehmend entstand eine bedrohliche Atmosphäre für Claudia inklusive körperlicher Übergriffe.

Bitte vergessen sie nicht, dass Claudia sowohl in der Arbeits- als auch in der Wohnungssituation in gewisser Abhängigkeit lebte und dass das immer noch ein übliches Vorgehen unter Paaren ist. Schlussendlich wandte sich Claudia mit Hilfe ihrer Freundin an das Linzer Frauenhaus und zog dort vorübergehend ein. Neben der psychischen Stabilisierung musste sich Claudia eine neue Anstellung und eine neue Wohnung suchen. Sie fand eine kleine Wohnung im Umland von Linz.

Da sie aber nicht allzu viel Ersparnes hatte, war es für sie schwer eine Kautions zur Gänze alleine aufzubringen. Für den Kautionsstopf der Arbeiterkammer Oberösterreich war sie leider mit 53 Jahren zu alt. Den Kautionsstopf von Linz konnte sie nicht beantragen, da sich die Wohnung im Umland befand. In Wels könnte sie das gar nicht erst versuchen. Bei uns gibt es keinen Kautionsstopf. Schlussendlich sprang das Frauenhaus ein. Eine andere Option hätte es nicht gegeben. Auch in Wels springt oft das Frauenhaus ein.

Diese Geschichte passiert jeden Tag in Österreich. Es ist nichts, was hinter verschlossenen Türen geschieht. Viele Initiativen müssen bedürftigen Leuten kurzfristig Geld vorstrecken. Hier geht es nicht ums Schenken, sondern einzig darum Menschen zu helfen sich selber zu helfen. Wir GRÜNEN fordern die Einrichtung eines Kautionsfonds für ein zinsloses Darlehen für einkommensschwache MieterInnen.

StR. Schäfer, BSc MSc: Der Antrag per sé ist ja grundsätzlich nichts Neues, neu ist allerdings er kommt heute von der GRÜNEN-Fraktion. Wir sprachen zuletzt im Dezember 2020 über einen ähnlichen Antrag. Es hat sich in den letzten zwei Jahren an den rechtlichen Rahmenbedingungen nichts geändert. Damals sprachen wir auch über

Knittelfeld, denen der Kautionsfond von der Aufsichtsbehörde „um die Ohren geworfen wurde“, weil eben die Gemeindeordnung eine Kreditvergabe durch Gemeinden nicht vorsieht.

Mittlerweile arbeitet das Land Oberösterreich schon an Pilotprojekten. Diese wurden allerdings ersatzlos eingestellt. Warum das so war, darüber wurden wir leider nicht informiert. Weil die rechtliche Umsetzung der Kreditvergabe als Gemeinde oder Stadt tatsächlich nicht so einfach ist, arbeitet gerade eine Arbeitsgruppe daran, wie die Stadt Wels gemeinsam mit einem Verein möglicherweise eine Lösung finden könnte. Eine Zuweisung in den Ausschuss wäre die einfachste Lösung. Die FPÖ-Fraktion wird gegen diesen Antrag stimmen, weil eine Stadt einfach keine Kredite vergeben darf.

StR. Dr. Oberndorfer: Ich sehe grundsätzlich auch diese rechtlichen Bedenken. Eine Stadt ist keine Bank und darf keine Kredite vergeben. Auch wenn sie zinsenlos sind, könnte von einer Gewerblichkeit ausgegangen werden. Diese rechtlichen Bedenken müssen ernst genommen werden. Wir werden dem Antrag in der vorliegenden Form nicht zustimmen. Dennoch sollte über dieses Thema diskutiert werden. Es wurde sehr überzeugend vorgetragen und es sollten weitergehende Überlegungen angestellt werden.

Ralph, du hast diese Überlegungen erwähnt und es wäre gut, wenn alle darin eingebunden werden. Dafür ist der Ausschuss da und dort sollte es näher debattiert werden. Das Thema sollte nicht im Ausschuss versenkt, sondern ganz im Gegenteil dort weiter behandelt werden. Das wäre unser Zugang zu diesem Thema.

GR. Ebetshuber: Aufgrund der Worte unseres Stadtrates stelle ich hiermit den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung dieses Initiativantrages in den zuständigen Ausschuss.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Ebetshuber auf Zuweisung dieses Initiativantrages in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

gegen 13 Ja-Stimmen (SPÖ- + ÖVP-Fraktion)
20 Nein-Stimmen (FPÖ- + GRÜNE-Fraktion, MFG)
abgelehnt.

GR. Hufnagl, MBA hat die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen.

GR. Faber: Ich finde es von der FPÖ-Fraktion spannend hier mit einem Verein zu arbeiten. Es wäre interessant, wenn dieser irgendwann existiert. Zu dieser Zeit war ich im Frauenhaus tätig, als das vom Land forciert wurde. Allerdings waren dann Wahlen. Nach den Wahlen sind alle Agenden vorbei. Dass dieser Antrag jedes Jahr wieder auftaucht, liegt nicht an einem Mangel an Ideen, sondern dass es ein reales Problem ist. Es ist nur eine kleine Hürde, an der viel hängt. Es geht nicht darum, ob das über einen Verein oder etwas anderes initiiert wird, sondern sich dem Thema anzunehmen.

Der Initiativantrag (Anlage 21) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 16 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)
17 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion, MFG)

abgelehnt.

GR. Hufnagl, MBA hat die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen.

21.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend
Gratis-Damenhygieneartikel
Verf-015-I-35-2022

GR. Faber: Ich weiß, einige möchten um diese Uhrzeit dieses Thema der Gratis-Damenhygiene gerne ausblenden. Aber es ist ein wichtiges Thema und hat seine berechnigte Relevanz, zumal es um die Hälfte der Bevölkerung geht.

Es geht nicht darum, dass diese Produkte jemanden arm machen, vielmehr geht es darum, dass jemand, der bereits arm ist oder sich in einer finanziellen Notlage befindet, die Möglichkeit bekommt kostenlosen Zugang zu Hygieneprodukten zu erhalten. Wir möchten, dass kostenlose Hygieneartikel in öffentlichen Sanitäreinrichtungen, in Verwaltungsgebäuden und in Schulen ab der 5. Schulstufe zur Verfügung gestellt werden. Auf jeder Toilette sollten ganz selbstverständlich Tampons und Binden liegen, denn man erwartet auch nicht von seinen Gästen die Mitnahme des eigenen WC-Papiers.

Tampons sollten so normal sein wie WC-Papier. Es wäre ein Vorteil für jede Frau oder menstruierende Person, egal ob arm oder finanziell gutgestellt. Welche Frau hat nicht schon einmal den Moment erlebt kein Hygieneprodukt bei der Hand zu haben. Es gibt Schulen, Städte und sogar Länder, die sich diesem Thema angenommen haben und Pilotprojekte ins Leben riefen. Die eine oder andere Erfahrung wurde schon gesammelt. In Wien konnte sogar eine große Drogeriekette zur Kooperation gewonnen werden. Wieso nicht in Wels?

GR. Scheinecker, BA: Ich finde diesen Antrag gut. Seit zwei Jahren steht den Mitarbeiterinnen bei den Kinderfreunden in Oberösterreich die Monatshygiene zur Verfügung, weil es so ähnlich normal ist wie WC-Papier. Man stelle sich vor, jeder müsste mit einer Rolle WC-Papier durch die Gegend rennen. Jede Frau war sicher schon einmal in der Situation und musste nachfragen, ob nicht jemand einen Tampon hätte.

Es kann als Selbstverständlichkeit gesehen werden und deshalb ist es eine sehr gute Idee, die natürlich ein Kostenfaktor ist, wobei die Mehrwertsteuer auf Monatshygiene-Artikel schon gesenkt wurde. Ich würde mich freuen, wenn wir solch eine Initiative setzen würden. Es wäre eine große Entlastung für 50 % der Frauen, um auf den Toiletten als Frau alles zu haben, was man so benötigt. Wir stimmen diesem Antrag daher natürlich zu.

GR. Kroiß: Eine kleine Länderkunde zu diesem Thema, weil ich mich auch schon in meinem beruflichen Leben damit befasst habe. 2018 führte zuerst Neuseeland per Gesetz ein, dass diese Hygieneartikel in jedem öffentlichen Gebäude und in Schulen anzubieten sind. Auch Teile der USA führten das 2018/19 per Gesetz ein. Deutschland diskutiert laufend darüber, ob sie die Mehrwertsteuer ersetzen oder das Gesetz anpassen wollen. Genau das ist der springende Punkt. Warum soll die Stadt für die Kosten aufkommen, wenn der Bund das per Gesetz regeln kann? Da es sich dabei um ein Hygieneprodukt handelt, wäre es Sache der ÖGK, die für die Gesundheit der Frauen zuständig ist.

Ich sehe hier nicht hauptsächlich den Gesundheitsreferenten in seiner Pflicht diese Kosten aus seinem Ressort zu tragen. Lieber Klaus, ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag in den Bildungs- und Gesundheitsausschuss zu verweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Kroiß auf Zuweisung dieses Initiativantrages (Anlage 22) in den Bildungs- und Gesundheitsausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

31 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion, SPÖ-Fraktion ohne
GR. Reindl-Schwaighofer und GR. Umlauf, MFG)
gegen 2 Nein-Stimmen (GR. Reindl-Schwaighofer, GR. Umlauf)
angenommen.

GR. Hufnagl, MBA hat die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Alessandro Schatzmann

22.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend
Kampagnen zum Schutz der LGBTIQ-Community
Verf-015-I-33-2022

GR. Schatzmann: Wir diskutieren dieses Jahr schon einmal sehr intensiv über dieses Thema der öffentlichen Sichtbarkeit der LGBTIQ-Community. Damals betonten mehrere Vertreter der FPÖ-Fraktion Wels hätte keine Probleme mit Homophobie. Diese Feststellung müssen wir berichtigen, denn seit Monaten nehmen die Angriffe auf die LGBTIQ-Community zu. Was zunächst mit einigen wenigen Graffitis begonnen hat, hat sich in der Zwischenzeit zu einer regelrechten Hetzkampagne gegen Lesben, Schwulen, Bisexuelle, Transgender und Intersexpersonen entwickelt.

Dass diese Graffitis nun Wochen sichtbar waren, ist das eine. Anders gibt es aber bis heute keine öffentliche Stellungnahme der Stadt Wels dazu. Man möchte fast meinen die stimmenstärkste Partei im Gemeinderat, jene die den Bürgermeister stellt, hat kein

sonderliches Problem mit diesen Schmierereien. Die FPÖ-Fraktion hat offenbar kein Problem mit Homophobie! Ganz im Gegenteil gab es im Juni einen medialen Aufschrei als ein Regenbogen auf dem Gehsteig vor die FPÖ-Bezirksstelle gesprüht wurde. Damals hatte man das Gefühl als handle es sich um ein schwerstverbrechen.

Heute bei den vielen beleidigenden, vor Hass tiefenden Graffitis gibt es keine Reaktion, keine Solidarität, kein Eintreten füreinander, weder durch die Stadt Wels noch durch den Bürgermeister. Wir alle haben die Chance ein für alle Mal zu zeigen, dass Wels anders ist und können zeigen, wie wir in unserer Stadt zusammenstehen und uns gemeinsam gegen Hass einsetzen. Vor allem kostet das nicht die Welt. Es braucht lediglich einen einfachen Beschluss und Ressourcen, die einen Bruchteil der Mittel ausmachen, welche die Stadt Wels normalerweise für das Eigenmarketing aufwendet.

Dass mir dieses Thema am Herzen liegt, ist kein großes Geheimnis. Als pansexueller Mann habe ich schon vieles über mich ergehen lassen müssen. Ich weiß, wie sehr hier solche Graffitis schmerzen, wie sehr Beleidigungen und dumme Sprüche verletzen können. Menschen aus der LGBTIQ-Community kämpfen immer schon darum Leben und Lieben zu können ohne verfolgt und diskriminiert zu werden. Uns gebühren dieselben Rechte und derselbe Schutz wie allen anderen Menschen in unserer Stadt.

Liebe Kollegen, ich bitte euch gleich im Vorhinein uns eine Debatte wie im Juni rund um den Regenbogenzebrastreifen zu ersparen. Diese damalige Diskussion war einer weltoffenen Stadt im 21. Jahrhundert unwürdig. Sollte der Einwand kommen, ob wir keine wichtigeren Probleme haben, so haben wir viele andere Probleme zu lösen. Umso mehr würde es mich verwundern, wenn wir anstelle solidarisch gemeinsam zusammenzustehen und mit wenigen einfachen Handgriffen ein klares Bekenntnis zu einem weltoffenen Wels setzen, uns wieder in Ausreden ergehen.

Die Schmieraktion ist Zeichen einer homophoben und menschenverachtenden Haltung. Sie beleidigen Menschen und zeigen ein längst überholtes, von Hass zerfressenes Menschenbild. Als politisch Verantwortlicher der achtgrößten Stadt Österreichs kommt uns und der Stadt eine besondere Verantwortung zu. Es reicht nicht diese Schmierereien in der Halböffentlichkeit zu verurteilen, sondern es braucht ein offenes und klares, eindeutiges Auftreten der Stadt und ihrer Offiziellen in dieser Sache.

Aus diesem Grund stellen wir GRÜNEN den Antrag, der Gemeinderat der Stadt Wels möge beschließen.

1. Der Magistrat der Stadt Wels wird im Dezember mit einer Regenbogen-Fahne beflaggt, ebenso wie in Zukunft im Juni, dem Pride Monat.
2. Für die Arbeit gegen Homophobie wird den Trägern der offenen Jugendarbeit in der Stadt Wels 10.000 Euro als Projekttopf jährlich ab dem Budget 2023 zur Verfügung gestellt. Die Vergabe für konkrete Projekte zur Sensibilisierung in der Sache wird mit bis zu 2.000 Euro pro Projekt nach Eingang mittels Projektantrag durch den zuständigen Ausschuss gewährt.
3. Die Stadt Wels startet jährlich ab Juni 2023 eine eigene, öffentlich sichtbare und mehrsprachige Plakat-Kampagne im Stadtgebiet, mit der sich die Stadt Wels solidarisch mit der LGBTIQ-Community erklärt.

Es geht darum, dass jede und jeder sich in unserer Stadt wohl und sicher fühlen soll. Das ist derzeit leider nicht der Fall. Das ist eine Schande und das Zeichen des politischen

Versagens in dieser Sache. Daher ersuche ich um breite Zustimmung zu diesem Antrag. Zeigen wir, dass Wels anders sein kann.

GR. Mag. Teubl: Zur Geschäftsordnung!

Bgm. Dr. Rabl: Das geht jetzt nicht, es wurde das Wort schon erteilt und daher ist die Wortmeldung abzuwarten.

GR. Mag. Teubl: Wir erfrieren aber alle hier herinnen! Jetzt wurde die Lüftung auch noch aufgedreht. Vielleicht kann zumindest diese abgedreht werden.

Vzbgm. Kroiß ersucht daraufhin die Techniker die Lüftung abzuschalten.

GR. Kroiß: Lieber GR. Schatzmann, ja wir haben schon darauf gewartet! Wir sind quasi die Buh-Leute in diesem Unterfangen für sie. Wir, die nicht Fahne zeigen, nicht das Symbol für sie herzeigen und auch nicht überall mitmachen. Ja, manchmal sind wir Buh-Männer. Ich frage mich, wo die Unterstützung für „orange the world“ bleibt. Wann machen wir das Rathaus orange, ein Monat blau-gelb für die Ukraine oder wann weiße Fahne für Kinder, die es zuhause nicht einfach hatten. Beflaggen wir jeden Monat mit einer anderen Fahne, so kommen wir mit einem Jahr nicht mehr aus.

Wir sind uns bewusst, es kommt nicht immer bei ihnen gut an – beruht wahrscheinlich auf Gegenseitigkeit. Aber dennoch finde ich es nicht wirklich positiv rosarote, violette, grüne und hellblaue Fahnen etc. vor unserem Rathaus aufzuhängen. Ich bin nicht davon begeistert, aber das sei hingestellt. Wir sind eine vielfältige Stadt, in der man sich wohlfühlen kann. Sicher ist eine Empfindung und die fühle ich auch nicht immer, wenn ich alleine nach Hause gehe. Aber heißt dann jemand eine rosarote Fahne, wenn ich mich unwohl fühle?

Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung dieses Initiativantrages in den zuständigen Ausschuss.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Kroiß auf Zuweisung dieses Initiativantrages (Anlage 23) in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

gegen 22 Ja-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion, MFG, GR. Mag. Teubl, GR. Faber)
11 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion, GR. Schatzmann, GR. Mag. Drack)

angenommen.

GR. Hufnagl, MBA hat die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Asylunterkünfte im Stadtgebiet von Wels
Verf-015-I-38-2022

GR. Mag. Hammerl, MA: Wir alle erinnern uns an das Jahr 2015 – das Jahr der großen Flüchtlingskrise - und haben alle noch die Bilder im Kopf, wo tausende Personen die Grenze unseres Landes stürmten. Insgesamt wurden 2015 90.000 Asylanträge gestellt. Wie sieht es eigentlich dieses Jahr aus? Ohne großer medialer Wahrnehmung sind es bereits über 100.000 Asylanträge. Damit hat das Jahr 2022 das Jahr 2015 um mehr als 10 % abgehängt. Das heißt, ein neuer Rekord ohne große öffentliche mediale Berichterstattungen. Alleine 2021 gab es in Österreich doppelt so viele Asylanträge wie in ganz Deutschland oder in Belgien und drei Mal so viele Asylanträge wie in Frankreich. Das sollten wir uns vor Augen führen.

Auch wenn ich die veröffentlichte Meinung nicht kommunizieren möchte, so befinden wir uns mitten in der größten Asylkrise unserer Zeit. Alleine in Österreich hat sich die Anzahl an nichtösterreichischen Staatsbürgern um ganze 76 % seit 2010 erhöht. Wels ist seit Jahrzehnten mit massiven Herausforderungen im Bereich der Integration konfrontiert. Dies geht klar aus dem Integrationsbericht des Bundesministeriums hervor. Über 80 % der Welser Mittelschüler sprechen eine andere Muttersprache als Deutsch. Außerdem führen die Welser Schüler mit Abstand jenes Ranking an, mit dem aufgezeigt wird welche Schüler in ganz Österreich den größten Förderbedarf haben.

Weniger als die Hälfte der Welser Schüler erfüllen überhaupt den Bildungsstandard der achten Schulstufe. Das muss man sich erst einmal vor Augen führen! Wer meint, dass die Zuwanderer – so wie es 2015 geheißen hat – viel besser ausgebildet sind als der durchschnittliche Österreicher, der möge sich bitte ansehen, wer es in den Arbeitsmarkt geschafft hat. Gerade 50 % haben im siebten Jahr den Weg in den Arbeitsmarkt gefunden. Das alles sind Alarmzeichen und auch der Letzte in unserer Runde sollte diese Alarmzeichen endlich wahrnehmen.

Abertausende Flüchtlinge werden in Wels seit Monaten fremdenpolizeilich behandelt. Wir wissen auch welche Zustände sich dort abspielten, bei denen die leitenden Beamten Alarm geschrien haben und erst das tatkräftige Eingreifen von Bgm. Dr. Andreas Rabl und Vzbgm. Gerhard Kroiß hat die katastrophalen Zustände bei der Asylregistrierungsstelle beendet.

Als Welser Freiheitliche sprechen wir uns ganz klar gegen weitere Asylunterkünfte in Wels aus. Ich freue mich, dass auch führende Politiker der anderen politischen Parteien gerade auf Bundes- und Landesebene endlich diese Problematik erkannt haben und dem freiheitlichen Weg folgen. Nicht zuletzt hat Landesrat Hattmannsdorfer vorgestern bei diesen Tumulten im Asylquartier Frankenburg die starke Reduktion der Bewohner dieses Asylzentrums gefordert. Oder wenn Exbundeskanzler Kern in der gestrigen Pressestunde die europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik für gescheitert erklärt. Der SPÖ-Bundesminister a.D. und Klubobmannstellvertreter der SPÖ im Nationalratsklub, Jörg Leichtfried, hat gemeinsam mit FPÖ-Landesparteiobmann Mario Kunasek vor wenigen Tagen in Kindberg gegen Asylquartiere demonstriert. Zeigen wir also gemeinsam auf, dass wir in Wels bereits seit Jahren große Herausforderungen im Bereich der Integration haben und den Welsern kein weiteres Asylzentrum und keine weitere Asylunterkunft zuzumuten ist.

StR. Rammerstorfer: Grundsätzlich bin ich etwas verwirrt, wenn ich lese „der Gemeinderat möge beschließen, dass weitere Asylunterkünfte abzulehnen sind.“ An wen soll sich diese

Forderung richten, wer soll sie formulieren bzw. ist das ein Wunsch an das Christkind oder an den Bund oder Land? Das alles lässt dieser Antrag offen.

Niemand mag Asylunterkünfte, am allerwenigsten Menschen, die in solchen Unterkünften leben. Diese ziehen nicht aus Jux und Tollerei dort ein, wie es manche Kollegen aus der Freiheitlichen Fraktion glauben. Die Begründung dieses Antrages trägt für mich auch nicht viel zur Klärung bei. Kollege Mag. Hammerl sieht schwere Versäumnisse in der Integrationspolitik – hier kann ich vollinhaltlich zustimmen. Solche selbstkritischen Töne bin ich aus der Freiheitlichen Fraktion gar nicht gewöhnt, weil diese mittlerweile in Wels das achte Jahr das Integrationsressort überhat. Und seit 2000 sind auf Bundesebene nur die ÖVP- und die FPÖ-Fraktion unter der kongenialen Karin Kneissl, verantwortlich für die Integration. Mittlerweile sind die beiden letzten Integrationsreferenten, Frau Kneissl und Herr Kurz, mehr oder wenig selber flüchtig, zumindest nicht mehr im Land aufhältig.

Auf der Landesebene ist der Kollege Hattmansdorfer von der ÖVP-Fraktion in einer ÖVP-FPÖ-Regierung verantwortlich. Wird hier vom Versagen in der Integrationspolitik gesprochen, dann muss man auch die Versager beim Namen nennen.

Wir haben ein seit 2005 gültig beschlossenes Asylgesetz. Beschlossen unter einer ÖVP- und FPÖ-Regierung. Die gleiche Regierung beschloss im Jahr 2004 eine sogenannte 15a-Vereinbarung, eine Art Staatsvertrag zwischen Bund und Land betreffend einer Quotenregelung bei der Aufteilung von Asylwerbern. Dazu stimmte das Land Oberösterreich zu. Es gibt Länder und Gemeinden, die sich an diese Vorgaben, diese 15a-Vereinbarung halten. Wels gehört nicht dazu. Wir haben hier eine Quote von 71,26 % und daher derzeit 183 Asylwerber, von denen 15 bis 20 in Wels schulpflichtig sind. Auf jede Welser Schule kommen ca. 0,8 Asylwerber, die diese Schule besuchen – nur um die Relationen klarzustellen.

Wir haben fast 21.000 Menschen in Wels mit ausländischer Staatsbürgerschaft, davon sind 183 Asylwerber. Das steht in keiner Relation zueinander. Die Asylwerber für Integrationsprobleme verantwortlich zu machen ist etwas absurd, weil sie dafür schlicht und ergreifend einfach zu wenig sind. Würden wir die Quote erfüllen, so müssten wir 74 weitere Menschen aufnehmen. Ich hätte nichts gegen eine solche Aufnahme, um diese Quote zu erfüllen und bin durchaus der Meinung keine großen Asylquartiere zu machen. Mit kleineren kommunal vernetzten Asylquartieren wären wir besser beraten. Leider liegt das in der Hand der Bundesbetreuungsagentur, die Herr Kickl ins Leben gerufen hat und die es teilweise durchaus erschwert diese kleinen vernetzten NGO's mit diesen Aufgaben zu betreuen.

Nebenbei erwähnt bin ich auch Stiefvater eines der 80 % der Kinder, die eine andere Muttersprache sprechen. Mein Sohn ist Klassenbester in der Volksschule in Lichtenegg. Er geht nicht irgendwo am Land in die Schule, sondern bei uns, so wie es sich meines Erachtens gehört. Seine Deutschkenntnisse sind – glaube ich beurteilen zu können - ganz ausgezeichnet.

StR. Dr. Oberndorfer: Das ist eine wichtige Diskussion, die wir hier führen können. Die Frage allerdings ist, was wir hier in Wels eigentlich genau diskutieren. Wir können uns stundenlang darüber unterhalten, was auf Bundesebene vielleicht richtiger laufen könnte oder noch besser wir diskutieren darüber, was auf EU-Ebene alles schief läuft und was im

Asylwesen verbessert werden könnte. Es hat nur nicht viel Sinn, wenn wir das im Welser Gemeinderat machen. Das ist nicht unsere Zuständigkeit.

Was können wir als Stadt Wels überhaupt tun in diesem Bereich bzw. was können wir nicht tun? Interessant ist die Feststellung seitens der FPÖ-Fraktion, dass die Integration in Wels nicht funktioniert, dass die Integration gescheitert ist. Kollege StR. Rammerstorfer hat es schon hervorgehoben, ein interessanter Befund, wenn man acht Jahre das Integrationsressort führt. Aber das müsst ihr euch fraktionsintern ausmachen, wie ihr das handhaben wollt.

Die Ausländerquote als Argument anzuführen, dass man generell keine Asylwerber mehr in Wels haben möchte, wird uns nicht weit bringen. Es gibt eine Vereinbarung, wonach die Bundesländer angehalten sind eine Quote zu erfüllen. Diese wird wiederum auf die Gemeinden und Städte verteilt. Hier wird auch Wels ehrlicherweise nicht ganz umhinkommen. Das muss der Bevölkerung gesagt und es darf nicht der Eindruck suggeriert werden, wir als Stadt nehmen niemanden und es darf niemand kommen. Das ist Blödsinn!

Wenn ein privater Unterkunft-Geber eine Unterkunft zur Verfügung stellt, diese der Bundesbetreuungsagentur anbietet, so können wir als Stadt überhaupt nichts dagegen unternehmen. Als einziges kann man sich sehr wohl gegen Großquartiere stellen und das machen wir als ÖVP-Fraktion auch. Wir wollen keine Zustände wie in Frankenburg oder wie in Thalham. Noch dazu wäre das in Wels im städtischen, dicht bebauten Gebiet. Das ist sicherlich verfehlt. Das ist nicht gut für die Leute, die wir hier unterbringen müssen und das ist vor allem nicht gut für die Welser Stadtbevölkerung. Dagegen können wir uns aussprechen. Wenn wir den Antrag in diese Richtung interpretieren, können wir zustimmen. Aber in dieser Generalität den Leuten zu vermitteln, wenn wir als Gemeinderat sagen niemanden aufnehmen zu wollen, dann wird auch niemand kommen, das ist schlichtergreifend falsch.

Wir erfüllen diese Quote noch nicht, die die Gemeinden zu erfüllen hätten und müssten noch ca. 70 bis 75 Asylsuchende aufnehmen. Es kann über das Asylsystem an sich diskutiert werden, aber es ist einfach so, dass Personen an unserer Grenze nicht einfach wieder in ihr Herkunftsland zurückgeschickt werden dürfen (Pushback-Verbot). Wir müssen die Leute irgendwo unterbringen und da werden wir als Stadt Wels auch nicht umhinkommen hier einen entsprechenden Beitrag leisten zu müssen.

Daher, ja wir stimmen mit, wenn es um die Verhinderung von Großquartieren geht und nein, wenn pauschal gesagt wird, dass wir keine Leute aufnehmen. Das ist etwas, das der Welser Gemeinderat schlicht und ergreifend einfach nicht beschließen kann. Wir haben aktuell eine Situation in der Ukraine, wo man nicht recht weiß wie es weiter geht. Es gibt dort immer wieder Angriffe auf kritische Infrastruktur, d.h. es werden gezielt Kraftwerke bombardiert, damit die Stromversorgung zusammenbricht und die Bevölkerung im Kalten sitzt, somit den dortigen Menschen das Leben unmöglich gemacht wird. Sie sollen gezielt zur Flucht angehalten werden. In solch einer Situation finde ich sehr wohl, dass man auch eine andere Beurteilung anlegen muss. Es ist gute österreichische Tradition, angefangen von den Ungarn in den 50er-Jahren bis hin zu den Balkankriegen, wo Österreich immer geholfen hat und wo wir solidarisch mit unseren Nachbarn waren. Tritt wieder solch eine Situation in der Ukraine ein, dass massenhaft Menschen wegen dem Krieg wegziehen

müssen, so sollten wir hier kurzfristig – als wesentliche Ausnahme zu diesem Antrag – helfen. Hilfe für die Ukrainer in jedem Fall!

GR. Schatzmann: Lieber Kollege Mag. Hammer! Mittlerweile muss ich mich fragen, ob die FPÖ-Fraktion tatsächlich Interesse daran hat Probleme zu lösen. In eurer Presseaussendung im Juni wurde groß plakatiert, dass es mit euch sicher kein Asylerrstaufnahmezentrum geben wird. Ein paar Monate später kommt der große Aufschrei, die Polizei sei überfordert. Jetzt kommt dieser Antrag, der nur die Standard-Polemik der FPÖ-Fraktion in dieser Sache ist. Was wollt ihr wirklich tun in dieser Sache?

Nur zu sagen, wir wollen nichts, wir machen nichts, geht wieder, das geht sich nicht ganz aus. Wir können nicht stoppen, dass Flüchtlinge kommen und können es genauso wenig ändern, dass Wels die einzige Registrierungsstelle in Oberösterreich ist. Sich weg zu ducken, wird sich auf kurz oder lang nicht ausgehen. Es bleibt nichts anderes übrig als ein Asylerrstaufnahmezentrum erst einmal zu errichten, in dem die Menschen humanitär untergebracht werden können. In welcher Größe auch immer.

Bei der Integration haben wir massiven Nachholbedarf, das stimmt. Wie StR. Rammerstorfer es schon sagte, finde auch ich es bewundernswert wie selbstkritisch doch die FPÖ-Fraktion von Zeit zu Zeit sein kann. Es gibt noch Hoffnung auf Verbesserung. Betrachten wir die Integration weiterhin als Einbahnstraße, wird es nie funktionieren. Die Aufnahmegesellschaft hat auch ihre Pflichten und denen kommen wir noch viel zu wenig nach. Solange wir die Verpflichtung der Aufnahmegesellschaft bei der Integration zu helfen nicht akzeptieren, so lange wird es immer scheitern.

Bitte, liebe Kollegen der FPÖ-Fraktion, wenn wir lösungsorientiert arbeiten möchten im sachlichen Diskurs, so geht bitte von der Polemik runter, weil es keinem etwas bringt.

GR. Scheinecker, BA: Wir lasen diesen Antrag mehrfach durch und ja, kein Mensch mag Großquartiere. Weder Flüchtlinge, noch Anwohner, noch wir als SPÖ-Fraktion mögen Großquartiere, denn es ist für die Bewohner und für die Bevölkerung nicht angenehm. Der Antrag in dieser Form ist ziemlich unqualifiziert und sagt keine Flüchtlingsunterkünfte zu mögen. Das heißt aber auch, wenn jemand ein Zimmer frei hätte, jemandem aufnehmen bzw. helfen möchte, so spricht sich dieser Antrag gegen solche Initiativen aus.

In Wirklichkeit ist es ein Rundumschlag gegen den großen undifferenzierten Topf mit dem Titel Ausländer. Darunter fallen alle, die schon ewig da leben, zufällig eine andere Muttersprache haben und vielleicht österreichische Staatsbürger sind. Auch das steht in der Begründung. Wir nehmen Asylwerber und Menschen mit einem aufrechten Asylstatus auch mit hinein. Mehr ist dieser Antrag nicht und ich finde es traurig, wenn wir uns ansehen in welcher Welt wir leben. Eine Welt voller Krisen, eine Überwälzung an Weltschmerz. Sprechen wir z.B. vom Iran, wo jede flüchtende Frau über die österreichischen Grenzen stürmt. Ich wäre wahrscheinlich jemand, die sie mit dem Auto noch abholen und sich darüber freuen würde, dass sie in Österreich ist, weil sie es sich verdient hat, egal woher sie aus dieser Welt kommt.

Es besteht die reale Notwendigkeit für diesen Aufschrei nicht, weil es sich bei diesem Antrag um keine Resolution, keine Botschaft an den Bund kein Großquartier zu wollen handelt. Es ist nichts anderes als eine Ermächtigung dafür, jedes Mal, wenn jemand über

zusätzliche Asylwerber in Wels schreibt, der Bürgermeister, der Stadtsenat oder Gemeinderat sagt keinen Ausländer/Asylwerber in Wels zu wollen.

Die SPÖ-Fraktion macht hier nicht mit, nicht weil das Thema nicht wichtig ist. Ich denke, wir müssen wirklich über Integration reden. Integration und Asyl sind zwei Paar Schuhe, Asyl erhält man in akuter Notsituation und ist wie Feuer löschen und keine dauerhafte Wasserversorgung. Wir brauchen eine Diskussion, die dem Menschen etwas würdiger ist und nicht die Menschen in einen großen Topf wirft und in der Vorweihnachtszeit einen auf „wir sind immer noch gegen Ausländer“ macht.

GR. Spindler: Wie wir es vom Berichterstatter schon hörten, kann die Stadt Wels kein weiteres Asylquartier verkraften. Die bestehenden Herausforderungen sind bereits jetzt schon sehr groß und bedürfen einer enormen Kraftanstrengung. Die Mitarbeiter in den Kinderbetreuungseinrichtungen und die Lehrer an den Schulen stoßen schon jetzt an ihre Belastungsgrenzen und auch für die Kinder ist die Situation mehr als schwierig. Eine weitere Asylunterbringung würde die Situation weiter verschärfen und das kann nicht das Ziel sein. Auch die Wels Bevölkerung ist nicht mehr bereit weitere Herausforderungen in dieser Hinsicht auf sich zu nehmen.

GR. Reindl-Schwaighofer, MBA: Zuerst möchte ich mich bei StR. Rammerstorfer bedanken für die gute Zusammenstellung. Wir sind uns alle einig – niemand ist für Massenquartiere. Allerdings können wir nicht so tun, als wenn wir uns in Wels auskoppeln können, wenn es um solidarisches Handeln unter den Gemeinden in Österreich geht. Tom, daher hat mir deine Rechnung über die Belastung pro Schule sehr gut gefallen. 80 % der Schüler in den Mittelschulen haben eine nichtdeutsche Muttersprache. Was heißt das? Diese Diskussion führten wir in den letzten Jahren immer wieder. Heißt das, sie können nicht Deutsch? Es gibt hier einige, die Kinder haben mit nichtdeutscher Muttersprache, aber diese können Deutsch.

Was soll dieses Argument im Antrag? Für die Mehrheit der Parteien ist es eine Schande, wie sie auf einen Teil der Bevölkerung losgeht. Als Problem und nicht, dass es Bürger unserer Stadt sind, die Unterstützung brauchen von der Partei, die seit acht Jahren dieses Ressort führt. Ich frage mich, was ist in diesem Ressort passiert, wenn wir diese Problematik noch immer haben?

Zwischenruf Bgm. Dr. Rabl: Meinst du das Bildungsressort?

GR. Reindl-Schwaighofer, MBA: Nein, ich meine das Integrationsressort, weil im Bildungsressort hast du versucht alles was Geld kostet zu verhindern. Zum Glück ist dir das nicht in allen Fragen gelungen, z.B. gibt es in der Mozartschule mittlerweile eine Ganztageschule.

Die Frage ist, wie ich in unserer Stadt wohnende Menschen wahrnehme. Das sind Arbeitskräfte, Steuerzahler, Arbeitskollegen, Schul- oder Studienkollegen, die eben eine andere Muttersprache und vielleicht andere Sitten mitgenommen haben. Aber diese sind doch kein Problem für unsere Stadt, denn der Reichtum unserer Stadt sind auch die Arbeitskräfte, die wir haben. Mittlerweile bestätigen Migrationsforscher als Grund, warum ordentliche Arbeitskräfte einen Bogen um Österreich machen, den in den letzten Jahren erarbeiteten Ruf als Aufnahmeland, das wir nicht sind.

Fragt doch einmal in den großen Firmen nach, wenn es darum geht IT-Techniker zu bekommen. Diese gehen als Inder lieber nach Skandinavien, bevor ich nach Österreich gehe. Das ist jetzt wieder so ein Antrag, bei dem es darum geht, einen Menschen als zweite Klasse zu beurteilen, aber nicht als Menschen, als Kollegen, als Mitbürger.

Ich habe jetzt das Thema genauso vermischt, wie es im Antrag gemacht wurde. Ich möchte noch einen Hinweis an den Gemeinderat bringen, damit man weiß, wie auf den verschiedenen Ebenen agiert wird. Die schwarz-blaue Koalition in Oberösterreich hat im Unterbringungssicherungsgesetz die Obergrenze von 100 abgeschafft. Die SPÖ-Fraktion stellte einen Antrag diese Obergrenze wieder herzustellen, aber dieser Antrag wurde von schwarz-blau abgelehnt.

Wir reden hier davon keine Massenquartiere zu wollen. Dort, wo es den Hebel gab, wurde es aus irgendwelchen Gründen herausgestrichen. Bitte etwas mehr Konsistenz in der Argumentation und bei dem was wir tun. Dieser Antrag ist reiner, purer Populismus! Wir haben als Stadt Wels eine gesellschaftliche Verantwortung gegenüber unseren Partnergemeinden – hunderte Gemeinden in ganz Österreich -, die auch diese 15a-Vereinbarung erfüllen sollen. Keiner will Massenquartiere, aber wir lassen uns auch nicht darauf ein zu sagen: Wels darf das nicht haben!

GR. Weidinger: Kollege Bruckner und ich können sehr gut beurteilen, was in Wels in den letzten Wochen und Monaten passierte. Wir sind die einzige Registrierstelle und hatten unsere Probleme. Seit 14 Tagen sind bedeutend weniger Menschen zu uns gekommen. Lieber Paul, die von dir angesprochenen hunderttausend Asylwerber stimmen nur zur Hälfte, denn ein Großteil davon stellt zwar bei uns den Asylantrag, wollen aber gar nicht hierbleiben und reisen nach Deutschland, Frankreich etc. weiter, wo sie Verwandte oder Freunde haben.

Das ist notwendig, weil keiner sonst in Europa die Registrierung vornimmt. Wir können bei diesem Thema auch über das Versagen der EU sprechen, wenn alle durchgewunken bzw. durchgeschleust werden. Österreich sieht sich in der Verantwortung diese Menschen zum ersten Mal in Europa zu registrieren. Ob das jetzt gut oder böse gemeint ist von Österreich ist unser Problem, aber wir erfüllen unsere Verantwortung gegenüber den zu uns kommenden Menschen. Stellen diese einen Asylantrag und wollen aber gar nicht hierbleiben, so passiert genau das von mir soeben Geschilderte: 100.000 Asylanträge, aber der Großteil will nicht hierbleiben!

In der Fraktion diskutierten wir lange darüber, wie wir mit diesem Antrag umgehen. Grundsätzlich müssten wir ihn inhaltlich ablehnen, weil er mehr oder weniger nichts aussagt. Es gibt keine Stelle an den wir diesen Antrag richten können. Ich gebe zu bedenken, dass wir der Welser Bevölkerung verpflichtet sind. Ich denke, Kollege Bruckner gibt mir Recht, viele Beschwerden und Angstzustände der Bevölkerung, ob berechtigt oder unberechtigt, langen bei uns ein. Es ist das subjektive Sicherheitsgefühl, welches wir zu erfüllen haben. Kommen Menschen zu uns, die das nicht mehr aushalten, es ihnen zu eng wird bzw. die ängstlich sind, so ist das für uns schon ein Grund zu reagieren.

Bewegt man sich in der Stadt, so befinden sich diese Asylwerber auf dem Weg zum Bahnhof, gehen einkaufen oder spazieren etc. und sorgen in der Stadt bei der Welser Bevölkerung für Unbehagen. Diese berechtigt oder nicht berechnigte Stimmung kommt immer mehr durch. Das habe ich in der Fraktion auch zu bedenken gegeben.

StR. Dr. Oberndorfer führte es schon sehr gut aus - es wäre ganz gut diesem Antrag mit einigen Wenn und Aber zu folgen. Wir können uns nicht verschließen vor einer Quote, die wir erst zu 72 % erfüllt haben und nicht vor privaten Anbietern, die der Betreuungsstelle der Bundesagentur ein Haus für 10 Personen anbieten.

Wir sollten so fair sein und sagen, auch als Stadt Wels zumindest die Quote erfüllen zu wollen. Das schlechte Gewissen brauchen wir dann nicht mehr zu haben. Ich glaube, die FPÖ-Fraktion meint diese Großquartiere, ohne dass diese im Antrag definiert wurden. Frankenburg zeigte auf - je größer die Quartiere umso mehr Probleme. Wenn dort Syrer und Afghanen aufeinandertreffen sorgt das immer wieder für große Unruhe. Ich bin der Meinung wir können dem Antrag zustimmen, sollten unbedingt die Quote in kleinen Quartieren erfüllen. Deshalb werden wir mit etwas Wenn und Aber zustimmen. Das Spiegelbild der Welser Bevölkerung zeigt uns, dass sie nicht nur aufgrund der steigenden Preise der Inflation verunsichert sind, sondern auch wegen der täglichen Kriegsbilder und der täglichen Korruptionsskandale. Vielleicht machen wir alle einen Fehler und müssen uns bei der Integration noch mehr anstrengen. Das Gefühl, welches uns die Welser Bevölkerung mitgibt, ist wichtig und gehört in Rechnung gestellt und gesagt, dass auch wir diese großen Asylunterkünfte nicht mehr wollen. Deswegen werden wir jetzt einmal diesem Antrag zustimmen.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Vzbgm. Kroiß: Lieber Tom, ich kann dir inhaltlich zustimmen, dass diese Menschen nicht aus Jux und Tollerei nach Österreich kommen. Aber viele verlassen durchaus freiwillig ihre Heimat, um ihre persönliche Lebenssituation, die in ihrem Heimatland nicht so wirklich passt, hier verbessern zu wollen.

Martin, du hast gefragt, was die Stadt Wels tun kann. Können wir überhaupt etwas dagegen tun, sind wir zuständig? Ist das nicht eine Sache des Bundes? Wir können als Stadt Wels sehr wohl etwas dagegen tun. Nehmen wir als Beispiel die Registrierungsstelle in Wels, die die einzige Registrierungsstelle in Oberösterreich ist. Die Personen kommen mit Bussen und werden hier dann registriert mit einer maximalen Aufenthaltsdauer von einer Nacht und das Ganze ist relativ leicht händelbar.

Es zeigte sich relativ schnell, dass das nicht so leicht händelbar war. Container mussten aufgestellt werden, dann weitere Container und es war durchaus relativ rasch eine Unruhe im Nahbereich der Anrainer bzw. auf der Route von der Polizei zum Bahnhof und retour spürbar. Dieses Thema schlug dann bei uns auf und natürlich konnten wir als Gemeinde die Container entfernen - dadurch beruhigte sich die Lage.

Blicken wir einige Jahre zurück zum geplanten Erstaufnahmezentrum Landesfrauenklinik in der Linzer Straße. Hier haben wir als Stadt Wels deutlich gesagt kein solches Erstaufnahmezentrum zu wollen. Mit Unterstützung sehr vieler handelnder Personen schafften wir es dort eine Polizeischule zu bekommen. Wir müssen immer unterscheiden zwischen Asylwerbern und nach Österreich kommende Menschen, die hier arbeiten möchten, um sich ihre Lebenssituation zu verbessern. Dass die böse FPÖ-Fraktion immer gegen Ausländer ist, das stimmt so nicht! Wir wehren uns nur eindeutig gegen Asylunterkünfte. Genauso ist dieser Antrag.

Außerdem wurde in den Medien kolportiert es soll im ehemaligen AMS-Gebäude ein Quartier für 100 bis 200 Asylwerber entstehen. Auch dagegen hat die Stadt Wels etwas unternommen und gesagt in diesem Bereich kein Großquartier für Asylwerber zu wollen. Letztendlich ist es nicht entstanden. Natürlich geht die Suche für Asylunterkünfte weiter. Zuerst wurde die große Solidarität in Österreich angesprochen: Wo ist diese Solidarität der Gemeinden mit null Asylunterkünften? Wo ist diese gelebte Solidarität in Österreich? Alle Bürgermeister wehren sich derzeit bei den Asylunterkünften.

Ich kann ihnen auch sagen warum. Man beginnt mit ganz kleinen Asylunterkünften für fünf, zehn bis zwanzig Menschen. Genauso fing es in Traiskirchen an. Dort einigte man sich dann auf maximal 500 Personen – derzeitiger Stand 2.000! Also, wir beginnen klein und machen es groß. Davor hat die Bevölkerung durchaus berechtigte Angst. Derzeit haben wir auch einen ganz starken Zustrom von Indern und Pakistanern, von denen die meisten keinen Anspruch auf Asyl haben, weil viele die Heimat freiwillig verlassen haben, um sich hier ihre Lebensbedingungen zu verbessern.

Eine Abschiebung wird sehr schwierig sein, die Verfahren werden verschleppt und die Personen bleiben meistens hier und suchen immer wieder neue Asylgründe. Dazu kommt noch der Familienzuzug und dann bekommen wir genau diese Probleme, die derzeit statistisch noch nicht so aufscheinen. Aber diese Probleme sind durchaus da. Wir wollen klar kommunizieren: Keine weiteren Asylunterkünfte in Wels! Das hat nichts mit Ausländerfeindlichkeit etc. zu tun, sondern es geht um diese Asylunterkünfte. Daher ersuche ich um Zustimmung zu diesem Antrag.

GR. Mag. Teubl: Dieser Antrag besteht eigentlich aus zwei Teilen. Der erste Teil lautet: „Der Dringlichkeitsantrag entspricht den Formerfordernissen nach § 7 Abs. 1 GOGR.“ Es ist nicht die Aufgabe des Gemeinderates festzustellen, ob ein Antrag den Formerfordernissen nach der Geschäftsordnung des Gemeinderates entspricht. Hier ist die Zuständigkeit beim Verfassungsdienst bzw. der Gemeinderatskanzlei. Daher ist dieser Teil des Antrages Unsinn.

Der zweite Teil des Antrages lautet: „Weitere Asylunterkünfte im Stadtgebiet von Wels sind aufgrund der bereits bestehenden Herausforderungen im Integrationsbereich abzulehnen!“ An diesem Teil des Antrages passen nicht die Formerfordernisse, sondern die Sinnerfordernisse, denn es erschließt sich keineswegs der Sinn dieser Formulierung. Was soll das heißen, dass weitere Asylunterkünfte abzulehnen sind? Das ist eine Aufforderung, die sich aber an niemanden richtet. Ist damit die Bevölkerung der Stadt Wels gemeint? Soll jeder einzelne Welser ein Transparent schreiben mit der Aufschrift Asylunterkünfte abzulehnen? Wenn sich diese Forderung an den Bürgermeister richtet, so könnte dieser jederzeit eine Pressekonferenz einberufen. Also was soll diese Aufforderung? Richtet es sich an den Gemeinderat, so müsste die Formulierung lauten: Der Gemeinderat der Stadt Wels lehnt Asylunterkünfte ab. So wie es dasteht, ist es einfach Schwachsinn, dieser Antrag ist sinnwidrig! Formerfordernisse können erfüllt sein, Sinnerfordernisse leider nicht!

GR. Bauer: Herr Mag. Teubl, ich glaube, dass der Gemeinderat eine andere Aufgabe hat als die Grammatik zu überarbeiten. Wie vom Berichterstatter angeführt, wurden in Österreich in den ersten zehn Monaten des Jahres 2022 mehr Asylanträge gestellt als im gesamten Jahr 2015 während der großen Flüchtlingsbewegung. Dies hat zur Folge, dass die Welser Bevölkerung verängstigt und die Polizei mit der fremdenpolizeilichen Arbeit am

Limit ist. Es kommt noch dazu, Wels ist derzeit die einzige Flüchtlingsregistrierungsstelle in Oberösterreich.

Die Bevölkerung von Wels ist seit Jahren mit großen Herausforderungen im Bereich Integration konfrontiert. Daher ist eine weitere Öffnung einer Flüchtlingsunterkunft nicht fördernd. Im Gegenteil werden zu den bestehenden Herausforderungen weitere hinzukommen. Die Mehrheit der Welser Bevölkerung ist bei diesem sensiblen Thema der Meinung eine weitere Unterkunft ist nicht von Vorteil für die Stadt und trägt nicht zur Sicherheit bei. Daher sollten wir alle diesem Antrag zustimmen.

GR. Bruckner: Es kann sich noch jeder an die Tumulte zu Halloween in Linz erinnern. Das waren keine Zufälle, sondern eine falsche Asylpolitik. Es haben sich bei den jugendlichen Asylwerbern Parallelgesellschaften entwickelt. Linz hat viele Asylunterkünfte und diese unbegleiteten Minderjährigen treffen sich natürlich dort in Linz. Es ist überall zu lesen über die Afghanen, über Drogenhandel in den Parks usw.

Was passiert, wenn wir das auf Wels umlegen und wir jetzt in Wels viele kleine Asylunterkünfte haben? Es werden sich Banden und Gangs bilden und dann haben wir das große Problem in der Innenstadt. Wollen wir solche Gangs in Wels, in der Innenstadt und in den Stadtgebieten von Wels umherziehende ethnische Gruppen? Das muss man schon hinterfragen!

GR. Mag. Hammerl, MA: Ich bin sehr überrascht über das anscheinend große Nicht-Wissen der Möglichkeiten des Gemeinderates und darüber, dass ihnen nicht bekannt ist, dass Beschlüsse des Gemeinderates selbstverständlich eine Wirkung haben. Sie wirken auf die Arbeitsweise der Mitarbeiter der Stadt Wels und in deren Willens- und Wissensbildung. Diese Beschlüsse haben eine bindende Wirkung auch an den Mitarbeiter, an die Arbeitsweise und die dort zu treffenden Entscheidungen.

Ich finde nicht – wie angesprochen -, dass die Integrationsmaßnahmen von Landesrat Hattmannsdorfer genauso wie von unserem Integrationsreferenten Gerhard Kroiß zu wenig sind. Sondern wir haben ganz im Gegenteil Gerhard Kroiß sehr viel in der Welser Integrationspolitik zu verdanken. Er geht mit extrem viel Engagement voraus und erbringt große Leistungen.

Herr GR. Reindl-Schwaighofer, was heißt 80 % haben eine andere Muttersprache als Deutsch? Eine Zeile darunter ist zu lesen, dass 50 % der Welser Schüler nicht einmal den Bildungsstandard der achten Schulstufe erreichen. Wenn das keine Bankrotterklärung ist, dann frage ich mich, was das sonst sein soll. An dieser Maßschnur müssen wir einfach messen, wie viel Zuwanderung vertragen wir überhaupt noch. Bringen unsere Schüler in der Schule keine Ergebnisse mehr mit denen sie am Arbeitsmarkt brauchbar sind, muss in aller Deutlichkeit gesagt werden, es geht irgendwann einmal nicht mehr. Irgendwann ist die rote Linie überschritten. Es ist unsere Überzeugung als Welser Freiheitliche diese rote Linie ist erreicht! Wenn diese Fakten nicht mehr für sich sprechen, wenn ein Ministerium feststellt wir haben die meisten Schüler mit Förderungsbedarf, so frage ich mich, was in ihrer Welt sonst die Maßschnur sein sollte.

Lieber Andreas, zu deine Aussage, die Asylwerber können durchreisen bzw. die Asylzahlen sind egal, so kennen wir alle Dublin II. Das bedeutet, die Asylanträge bzw. die Asylverfahren sind dort abzuhandeln, wo die Anträge gestellt werden. Zu sagen diese seien

weitergereist über die nächste Grenze und kommen nicht wieder, dem wird nicht so sein! Vielleicht überzeugst du mich irgendwann einmal eines Besseren. In diesem Sinne ersuche ich um Beschlussfassung.

Der Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion (Anlage 1) wird mit

gegen 20 Ja-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion, MFG)
11 Nein-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Mag. Humer und GR. Mag. Drack waren bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend. GR. Hufnagl, MBA hat die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend leere Gruppenräume im Kindergarten
Herderstraße – zusätzliche Nutzung
Verf-015-I-39-2022

GR. Kroiß: Zu etwas späterer Stunde ein doch nicht unwichtiger Antrag! Aktuell spricht man auf jedem Spielplatz, in jeder Spielgruppe oder hört in den sozialen Medien von den Betreuungsplätzen für die Kinder. Die Sorgen der Eltern sind, ob ihr Kind einen Betreuungsplatz bekommt, ob die Betreuungszeiten ausreichen, um den Job genügend ausführen zu können bzw. ob die Einrichtung in der Nähe ist oder ob ein Umweg in Kauf genommen werden muss. Diese Fragen stellen nicht Eltern von 18 bis 36 Monate alten Kindern, sondern Familien, die gerade erst von ihrem Nachwuchs erfahren haben.

Mittlerweile ist es gang und gäbe sich für einen Krabbelstubenplatz bereits mit dem Mutter-Kind-Pass anzumelden, um auf der Warteliste weiter nach vorne zu rücken. Diese Gedanken der Eltern sind durchaus begründet. Denn nicht nur die Eltern lesen täglich die Schlagzeilen, auch wir lesen sie: „Keinen Kindergartenplatz bekommen – was nun?“ „Personalmangel in den Einrichtungen“ oder „Kindergartengruppenzeit gekürzt – zu wenig Personal.“

In Wels stehen wir noch ganz gut da. Aktuell befinden sich 73 Kinder auf der Warteliste, wo beide Elternteile berufstätig sind. Eltern ängstigt das, sie befürchten nicht mehr arbeiten gehen zu können und ihren Job aufgeben zu müssen. Da ist es doch verwunderlich, dass im Kindergarten Herderstraße aktuell zwei Gruppenräume leer stehen. Diese wurden zuerst vom Hort geführt, der jetzt in die Volksschule Pernau übersiedelte. Wir wissen, Personalmangel ist überall! Nicht nur Pädagogen sind rar, mittlerweile gehen uns auch die Helferinnen aus. Der Referent ist natürlich bemüht Personal zu finden. Es geht auch den privaten Trägern nicht anders.

Dennoch würde es mich freuen, wenn diese zwei Gruppenräume wieder mit Kinderlachen erfüllt werden und wir als Stadt – und auch der Referent – sich um das nötige Personal bemüht, um die Warteliste verkürzen zu können.

Vzbgm. Mag. Schininger: Eigentlich habe ich mich für diesen Tagesordnungspunkt anders vorbereitet, aber aufgrund dieser Diskussionen der letzten zweieinhalb Stunden ändere ich einiges in meiner Vorbereitung. Hatte jemand die Hoffnung es gäbe jetzt einen Schlagabtausch zwischen dem Herrn Bürgermeister und mir, den muss ich vorweg enttäuschen. Wir alle sollten uns darauf besinnen, wofür wir eigentlich gewählt wurden und wofür wir Geld vom Steuerzahler erhalten. Nicht wie wir beide, Herr Bürgermeister, es die letzten Monate vorexerziert haben für eine „wie du mir, so ich dir Politik“, nicht für ein gegenseitiges „Hackl-Werfen“ und nicht für ein „gegenseitiges sich anpatzen“, sondern dafür den Welsern verpflichtet zu sein.

Liebe Christiane, damit darf ich auch schon zum eigentlichen Antrag kommen. Erlauben sie mir einen kurzen Abriss der Geschichte zu den Kindergärten und Horten Herderstraße, Lessingstraße und Negrellistraße, damit wir alle auf dem aktuellen Stand der Dinge sind. Über mehrere Jahrzehnte wurde in der Lessingstraße eine Kinderbildungs- und Kinderbetreuungseinrichtung mit zuletzt sechs Kindergarten- und vier Hortgruppen geführt. Davon wurden zwei Räume vormittags für den Kindergartenbetrieb und nachmittags als Hortgruppenräume genutzt. Nicht nur aufgrund von Platznot, sondern aufgrund der schlechten Bausubstanz war ein Neubau dringend erforderlich.

Nach mehrjähriger Suche konnte in der Negrellistraße ein Grundstück für einen Neubau gefunden werden. Dank der SPÖ-Fraktion steht der Kindergarten heute dort wo er steht. Es wurde 2019 folgender Ablauf diskutiert:

1. Neubau in der Negrellistraße.
2. Übersiedlung des Kindergartens Lessingstraße in die Negrellistraße und provisorische Unterbringung des Hortes in Container oder idealerweise in der VS 4 in der Handel-Mazzetti-Straße.
3. Abbruch und Neubau Lessingstraße.
4. Nach Fertigstellung Übersiedlung der Kindergartengruppen aus der Herderstraße in die Lessingstraße.
5. Unterbringung der Hortgruppen in der Herderstraße.

Soviel zur Chronologie.

Das war mit allen Fraktionen so vereinbart und wurde schlussendlich auch so besprochen. Am 03.12.2019 fand ein erstes Gespräch mit der Schulleitung der VS 4 bezüglich der provisorischen Unterbringung des Hortes statt. Die Leitung der VS 4 stimmte letztlich am 24.01.2020 zu, dass ein Hortprovisorium in der VS 4 untergebracht werden kann. Die Zustimmung beschränkte sich allerdings auf Schüler der VS 4 und nur für ein Jahr. Im September 2021 fand dann die Inbetriebnahme der Kinder-, Bildungs- und Betreuungseinrichtung Negrellistraße und damit die Übersiedlung des Kindergartens Lessingstraße und auch die Übersiedlung des Hortprovisoriums in die VS 4 statt.

Aufgrund dessen, dass wir im Bereich der Krabbelstube einen sehr großen Druck bei der Unterbringung von Kindern hatten, schlug ich dem Herrn Bürgermeister vor zwei im KG Herderstraße frei gewordenen Räume als Krabbelstubenräume zu adaptieren als Provisorium, bis der Kindergarten in der Durisolstraße fertiggestellt ist. Der Bürgermeister meinte, es sei eine gute Idee und sagte dafür in einem Gespräch 50.000 Euro für

Sanierungs- und Adaptierungsmaßnahmen zu. Am 18.05.2022 fand eine Besprechung mit der Frau Direktorin Elke Leitner-Krammer, dem Abteilungsleiter Mag. Thomas Sturmaier und mir hinsichtlich einer Verlängerung des Hortprovisoriums in der VS 4 statt.

Eine Verlängerung um ein Jahr wurde trotz Widerstand der Schulleitung festgelegt. Dabei wurde vereinbart, dass im Frühjahr 2023 eine neuerliche Bewertung der Situation erfolgen soll. Schlussendlich ein Dank an die Frau Direktor, den Kollegen der VS 4 und dem Herrn Abteilungsleiter Mag. Sturmaier für dieses Gelingen. Im September des heurigen Jahres kam es dann zur Inbetriebnahme des Neubaus Lessingstraße und damit zur Übersiedlung des Kindergartens Herderstraße in die Lessingstraße.

Dank dem Einsatz der Mitarbeiter der unterschiedlichen Dienststellen des Magistrates der Stadt Wels gelang es tatsächlich mit Beginn September mit den beiden Krabbelstubbengruppen in der Herderstraße in Betrieb zu gehen. Das nicht mit Kosten in Höhe von 50.000 Euro, sondern lediglich zu unserer Freude mit nur 30.000 Euro. Sie sehen, wenn wir alle bemüht sind, geht etwas weiter!

Frau Kollegin Kroiß, in ihrem Antrag sprechen sie von 73 Kindern auf einer qualifizierten Wartliste. Nach heutigem Stand der Dinge (08.00 Uhr) sind es durchaus einige weniger. Das hat mit der Nichtberufstätigkeit der Eltern bzw. der wirklichen Dringlichkeit zu tun. Unsere Mitarbeiter in unseren Einrichtungen versuchen das ganze Jahr über dringende Fälle tatsächlich unterzubringen. Das gelingt zum Glück immer wieder mit den sogenannten „Überschreitungen“ in den Gruppen. Wir dürfen in die Gruppen bis zu zwei Kinder zusätzlich aufnehmen, d.h. in den Kindergärten 25 anstelle von 23 und in der Krabbelstube 12 anstelle von 10 Kindern.

Wir vereinbarten intern, dass wir aus pädagogischer Sicht erst jeweils im Jänner diese Überschreitungen zulassen. Derzeit haben wir 98 Kindergarten-, Krabbelstuben- und Hortgruppen. Das würden beinahe 200 Kinder sein, die wir durch Überschreitungen in Betreuung bringen könnten. Aus heutiger Sicht werden wir ab Jänner sicher vielen Eltern helfen können, auch wenn ich weiß, dass unsere Mitarbeiter aus pädagogischer Sicht diese Überschreitungen nicht gerne haben.

Bevor wir mit großem baulichem, finanziellem und personellem Aufwand die beiden Gruppenräume in der Herderstraße tatsächlich adaptieren sollten wir doch versuchen – und wir werden es in gewohnter Weise schaffen – die Betreuungsprobleme der Eltern zu lösen. Wir hoffen in Kürze mit dem Neubau Durisolstraße ein wenig Druck aus der Gesamtsituation nehmen zu können. Aus meiner Sicht wäre es klüger in die Überschreitung zu gehen, als tatsächlich die beiden Gruppenräume in der Herderstraße, die wir dann für den Hort benötigen, zu adaptieren.

GR. Scheinecker, BA: Es ist bekannterweise ein Thema, mit dem wir im Schlagabtausch liegen. Ich möchte es jetzt gar nicht erst dazu kommen lassen. Christiane, du sagtest viele wichtige und richtige Sache. Es ist uns allen bewusst wie problematisch es für Familien ohne Betreuungsplatz, die nicht wissen wie es nach der Karenz weitergeht, ist. Genauso wie es auf der anderen Seite problematisch ist tatsächlich Personal zu finden. Wir haben Probleme Pädagoginnen und Helferinnen zu finden. Ich denke jeder von uns weiß, dass wir akut mehr Plätze brauchen, aber die Situation auch anders lösen können.

Wir diskutierten vorher schon darüber, denn eine Überschreitung klingt nicht großartig. Die Pädagoginnen, mit denen ich gesprochen habe, sind nicht begeistert, wenn ich dem hier zustimmen würde. Aber wir haben eine abzuwägende Situation. Wir müssen uns auf Dauer überlegen wie wir es schaffen mehr Menschen in den Beruf zu bringen, ihn attraktiver zu gestalten und wie wir das Personalproblem im Sozialbereich lösen können. Auch das könnten wir vielleicht tatsächlich gemeinsam schaffen.

Daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung dieses Dringlichkeitsantrages in den zuständigen Ausschuss, weil ich glaube im Jänner eine Lösung finden zu können, die praktikabel und schneller ist.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Scheinecker, BA auf Zuweisung dieses Dringlichkeitsantrages in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

gegen 13 Ja-Stimmen (SPÖ- + ÖVP-Fraktion, GR. Ing. Stojanovic, BSc)
und 16 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion ohne GR. Ing. Stojanovic, BSc, MFG)
und 4 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Hufnagl, MBA hat die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen.

GR. Umlauf: Ich musste ehrlicherweise etwas Schmunzeln beim Lesen dieses Antrages. Es geht bei diesem Antrag um leere Gruppenräume. Leere Räume machen keine Kindergartengruppe, keine Krabbelstube und keine Integrationsgruppe. Dazu braucht es mehr. Es soll der Kindergarten ja keine Aufbewahrungsstätte sein, sondern es soll tatsächlich die erste Bildungseinrichtung sein. Dazu braucht es etwas mehr Ansprüche, als diese Räume mit 73 Kindern zu füllen, weil sie dringend einen Betreuungsplatz benötigen.

Es steht außer Diskussion, dass die Eltern, die diesen Platz dringend benötigen, die Kinder gut betreut wissen möchten und es darf dabei nicht vergessen werden, es handelt sich um eine Bildungseinrichtung. Christiane, du hast schon erwähnt, auf die Wartelisten muss man sich schon mit dem Mutter-Kind-Pass setzen lassen. Vor sechs Jahren wurde ich Mutter und auch damals war das schon ein Thema. Ich war selbst in der Situation keinen Krabbelstubenplatz bekommen zu haben. Daraufhin musste ich mir eine Tagesmutter suchen, um arbeiten gehen zu können. Das kann sich aber nicht jeder leisten. Eine Tagesmutter kostet auch bei finanzieller Staffelung sehr viel Geld.

Ich denke, als Stadt Wels hätte man schon vor einigen Jahren etwas vorausschauender denken müssen. Vor kurzem diskutierten wir über den Kindergarten in der Durisolstraße im Gemeinderat und stellten fest, dass wir die Plätze brauchen. Wir können jetzt nicht einfach zwei leere Räume nehmen und diese mit den Kindern auffüllen, die einen Platz benötigen. Welche Eltern brauchen ihn wirklich dringend und wie können wir schnell eine Lösung für eine gute Unterbringung der Kinder erreichen? Gerade jetzt mit den ganzen Teuerungen sind die Eltern angewiesen, dass beide Elternteile arbeiten gehen müssen.

Es liegt jetzt an uns wirklich eine schnelle Lösung für die Eltern zu finden, welche dringend einen Platz benötigen ohne Qualitätseinbußen bei der ersten Bildungseinrichtung für unser Kinder zu machen.

GR. Wohlschlager: Lieber Klaus, danke für die Historie! Natürlich wissen wir, die schon länger im Gemeinderat sind, dass es definitiv so geplant war den Kindergarten in der Herderstraße sukzessive zu leeren, damit dort etwas Neues entstehen kann. Aber Situationen ändern sich mit entsprechendem Bedarf. Klaus, laut deiner Aussage sind weniger als 73 Kinder berufstätiger Eltern auf der Warteliste. Wie viele Kinder sind es jetzt wirklich? Im Ausschuss erhielten wir dazu keine Information.

Kollegin Umlauf, natürlich machen leere Räume noch keine Kindergartengruppe oder Krabbelstube. Diese müssen entsprechend adaptiert werden und entsprechendes Personal wird benötigt. Darüber brauchen wir jetzt nicht zu diskutieren, denn wir wollen sicher alle nur das Beste für die Welser Kinder.

GR. Weidinger: Das Theater hat ein Ende! Als ORF-Moderator würde ich jetzt sagen, dass es eins zu eins steht zwischen FPÖ- und SPÖ-Fraktion. Jeder hat eine Ohrfeige bekommen. Wie hier miteinander vorgegangen wird, finde ich kindisch und arg. Auf der einen Seite hätte Johnny mit der Referentin Vzbgm. Raggl-Mühlberger reden können, um etwas miteinander zu machen beim Thema Pflege. Umgekehrt brauchte der Bürgermeister unbedingt die Ohrfeige für Vzbgm. Mag. Schinninger, weil dieser hätte mit ihm in einem Telefonat die Frage der beiden Gruppen abklären können.

Peinlich! Ich würde mir wünschen, dass nächstes Jahr etwas mehr miteinander telefoniert wird. Dem Bürgermeister würde ich empfehlen, nachdem ihm die Kaffeehaus-Koalition abhandenkommt, mit dem Klaus Schinninger eine neue zu machen, um öfter miteinander zu reden. Dann würde dieses Kauderwelsch nicht herauskommen und wir würden uns wirklich wieder den wichtigen und richtigen Themen der Stadt Wels widmen.

Vzbgm. Mag. Schinninger: Danke, lieber Andreas, genau das habe ich gemeint, diese „wie du mir, so ich dir Politik.“ Wir müssen uns das aufhören, denn die Welser glauben tatsächlich wir haben manchmal einen „schweren Klescher“. Die Bürger verstehen das nicht, sie wissen nicht wie sie die Miete bezahlen sollen, was sie essen sollen. Es gibt wirklich Menschen, die nicht wissen, wie es morgen weitergeht. Und wir diskutieren oft um den Kaisers Bart, geben uns gegenseitig die Watschen.

Wer mich kennt weiß, ich trinke gerne Kaffee und am zweitliebsten trinke ich ihn mit dem Herrn Bürgermeister. Gerne und jederzeit können wir eine neue Kaffeehaus-Koalition ins Leben rufen, denn offenbar dürfte dir wirklich dein kongenialer Partner abhandenkommen.

Liebe Kollegin Wohlschlager, wir erheben gerade die genaue Zahl, aber laut heutiger Auskunft der Dienststelle sind es bedeutend weniger als diese 73. Sie überprüfen seit Freitag diese Liste, im nächsten Ausschuss kann ich dann darüber genau informieren.

GR. Kroiß: Uns ist allen bewusst, dass es derzeit in der Kinderbetreuung nicht ganz einfach ist, weil einfach Personal fehlt. Aber die Eltern brauchen einen Kinderbetreuungsplatz, um damit die steigenden Energiepreise bezahlen zu können. Wie sollen sie Geld verdienen, wenn sie das Kind nicht unterbringen können?

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 2) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 20 Ja-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion, MFG)
13 Stimmenthaltungen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Hufnagl, MBA hat die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen.

Bgm. Dr. Rabl: Die Tagesordnung ist damit erschöpft. Wir haben ein kleines Weihnachtsgeschenk für sie vorbereitet und ich hoffe Sie genießen es mit Ihren Liebsten! Ich wünsche Frohe Weihnachten! Erholen Sie sich, finden Sie Zeit für Ihre Familie und Freunde. In diesem Sinne sehen wir uns mit alter Tatkraft, dem Volk - und nicht sonst jemanden - verpflichtet im nächsten Jahr wieder. Alles Gute!

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 06.03.2023 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.